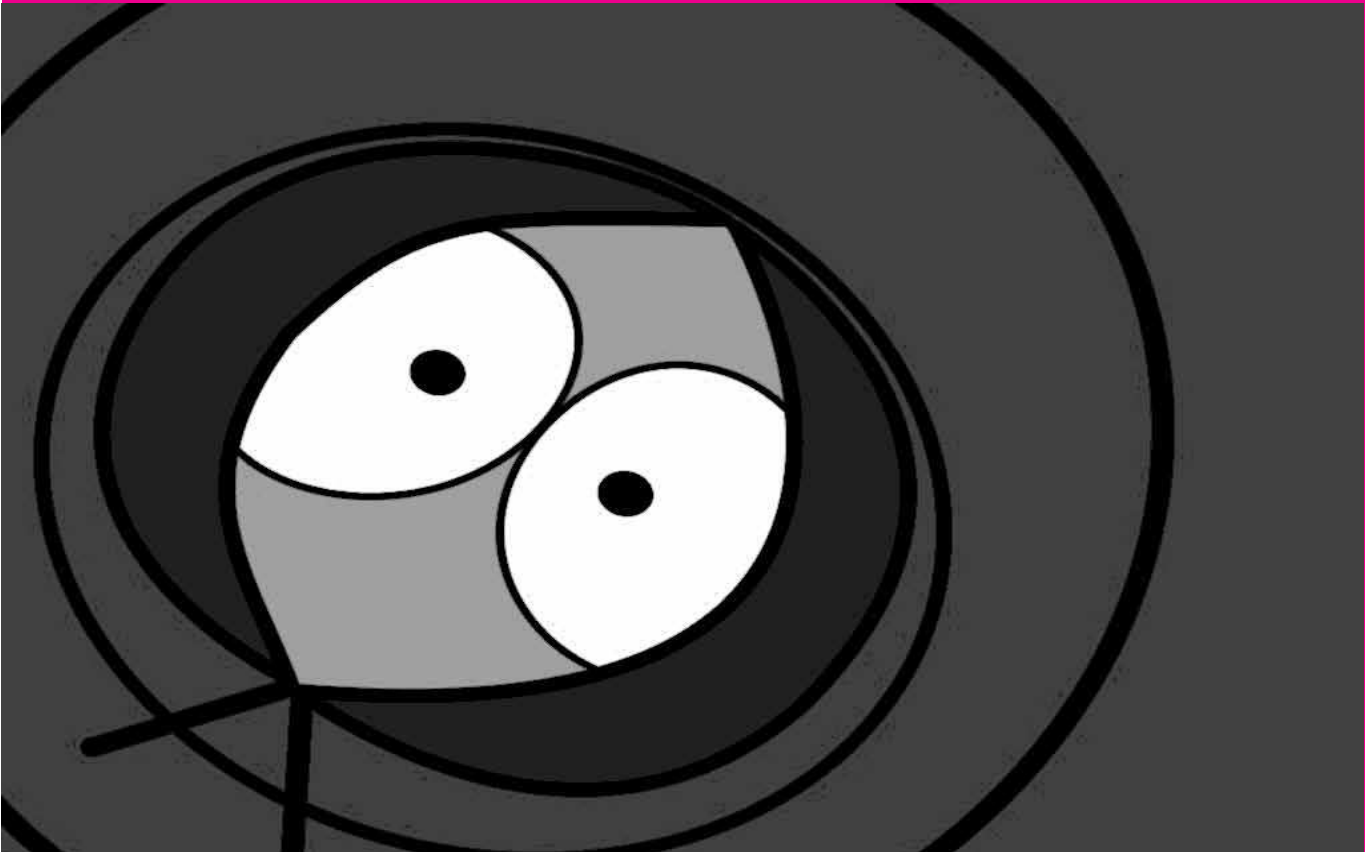


# unipolitik gezeit



## Inhalt

- 3 :: die uni  
4 :: Was ist die ÖH?  
6 :: Frankreich  
10 :: Habt ihr nix  
Besseres zu tun?  
13:: E-Voting  
durchbuchstabiert  
16 :: „Bitte machen Sie  
sich schonmal frei!“  
20 :: Das Kreuz mit der  
Sprache  
22 :: Studentischer  
Widerstand?  
24 :: Verdinglichtes  
Bewusstsein?!  
28 :: Die Uni Wien  
30 :: 8. Mai.  
Ein Fest der Befreiung

liebe leser\*innen,

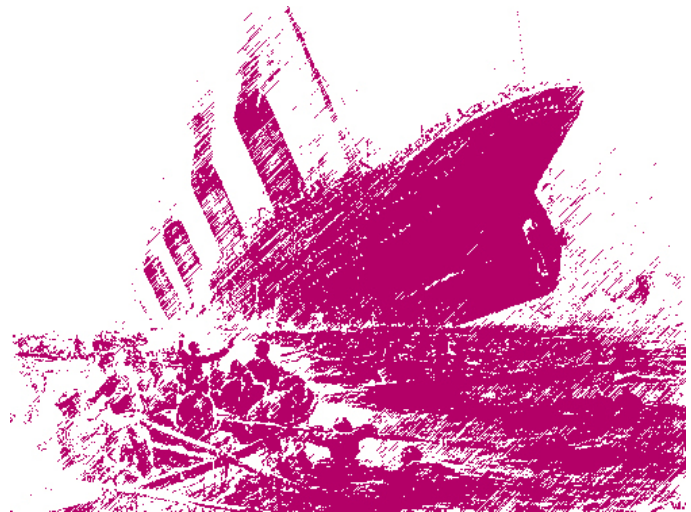
wahlsemester sind in der regel ein willkommener anlass, um über den (un)sinn der öh-mitgliedschaft und den (scheinbaren) widerspruch von uni- und gesellschaftspolitik zu diskutieren. nicht nur konservative und rechte (uni)fraktionen wollen die hochschülerInnenschaft auf die ständische interessensvertretung, als die sie einmal gedacht war, beschränkt sehen. dass aber die unis nicht ein isolierter bereich in unserer gesellschaft sind, sollte allen klar sein.

mit dieser ausgabe versuchen wir, einen großen bogen zwischen interessensvertretung und allgemeinem gesellschaftspolitischen anspruch zu schlagen. außerdem wagen wir einen blick über den österreichischen tellerrand nach deutschland und frankreich und stellen uns der diskussion von theorie und praxis sowie über die verkürzte utopie von freiräumen.

neben den öh-wahlen bringt der mai noch allerhand anderes politisches: lest es nach!

zu guter letzt: nicht vergessen, am 8. mai die befreiung feiern. wir sehen uns am schwarzenbergplatz!

eure gezeit



## Impressum

Herausgeberin: ÖH Uni Wien, Altes AKH, Unicampus Hof 1, Spitalgasse 2–4, 1090 Wien. // FV Gewi (HiKu und PhiKu) - Unicampus, Hof 2 \* fv-gewi@univie.ac.at \* www.univie.ac.at/fv-gewi \* 01-4277-19670

Redaktion: FV Gewi und Gewi-AktivistInnen

Layout: Elisabeth Lambrecht, Matthias Vigl

Lektorat: Veronika Helfert, Andreas Maier

MitarbeiterInnen: Anna & Arthur, Alex Berger, Maria Grekova, Sarah Kanawin, Maria Lorenz, Andreas Maier, StV/IG Geschichte, StV/Bagru Powi, Bagru Trawi, Matthias Vigl, Dominik Wurnig, Tobias Zortea

Fotos: GEWI-Archiv, Maria Grekova, Andreas Maier

Illustrationen: Sarah Kanawin

Druck: Luigard

Erscheinungsdatum: Mai 2009

# die uni



Chaos gestrichen, Phantasie verdammt, Freiheit erschossen  
Mangel erzeugt, Ordnung gewollt, Langweile bekommen  
Zwang und Verordnungen  
ausgelaugt, schlaff und lustlos hängt das Studium herum  
weg die Forschung, längst verweist  
bis auf weiteres geschlossen

Reißt die Uni auf!  
Lasst uns feiern!  
Lust und Freiheit sind geladen  
tanzt die Forschung, singt den Geist  
Zwang und Ordnung traurig an den Fenstern stehn  
bunte Blumen, Zauberland?

lauter schreien, freier denken, nicht beschränken  
fordern, was uns längst gehörte  
nicht nur weinen und zerstreuen  
schreiben, fordern, auf die Straße gehen  
lasst uns erforschen das Land von Chaos und Phantasie  
Freiheit schmecken, süß und lieblich

*von Sarah Kanawin*

## Gibt es so was wie Vertretungspolitik? Wenn ja, was macht sie?

Laut der Homepage der Bundesvertretung der ÖH ist:

„Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft die gesetzliche Interessensvertretung von über 250.000 Studierenden in ganz Österreich. Zusammen mit den Universitäts-, Fakultäts- und Studienvertretungen setzt sich die ÖH auf allen Ebenen für die Anliegen der Studierenden ein.“

**4** *Ganz so einfach ist die Sache leider nicht. Die Österreichische HochschülerInnenschaft pendelt meistens zwischen Hilflosigkeit gegenüber Rektoraten und Ministerium und internen Streitereien herum, bewerkstelligt also allzuoft nicht das wünschenswerte Anliegen, das auf der HP der bundesweiten Vertretung propagiert wird. Außerdem gibt es durchaus Unstimmigkeiten darüber, ob die HochschülerInnenschaft reine „Interessens- und Servicevertretung“ sein soll oder ob sie auch einen allgemeinenpolitischen Auftrag hat. Damit nicht genug. Auf den meisten Ebenen (siehe unten) mischen auch Vorfeldorganisationen der mehr oder weniger staatstragenden Parteien mit. Alles in allem also ein Riesenchaos! Um dir ein bisschen Durchblick zu ver-*

*schaffen, stellen wir nun erst mal den Aufbau der ÖH vor.*

**Die ÖH ist hierarchisch in vier Ebenen unterteilt:**

- \* **Studienvertretung (StV)**
- \* **Fakultätsvertretung (FV)**
- \* **Universitätsvertretung (UV)**
- \* **Bundesvertretung (BV)**

### Die Studienvertretung (StV)

„Die Studienvertretung ist die unterste Ebene der ÖH. Damit ist sie automatisch am nächsten an den Studierenden der jeweiligen Studienrichtung und deren direkte Ansprechpartnerin. Sie wird direkt (nach Personenwahlrecht) für zwei Jahre gewählt, alle WählerInnen dürfen also so viele Stimmen abgeben, wie es vorgesehene Plätze in der StV gibt und diese entscheidet (theoretisch) mit einfacher Mehrheit.

Die Aufgaben der StV bestehen vor allem darin die Studierenden zu beraten und VertreterInnen in die jeweiligen Kollegialorgane zu entsenden.“

*Soweit die allgemeine Information. Natürlich verstehen sich die meisten Studienvertretungen auch als allgemeines politisches Organ der Studierenden und ergreifen sowohl in den hochschulpolitischen als auch in*

*Bereichen, die auf den ersten Blick fachfremd erscheinen mögen, Initiative. Von vielen KritikerInnen wird bemängelt, dass sich ÖH-VertreterInnen doch um ihren ÖH-Dreck scheeren sollten, allerdings scheint diesen Menschen oft genug nicht klar zu sein, dass Politik niemals reine Interessenvertretung sein darf. Ständische Politik hat es in Österreich genug gegeben und gibt es immer noch.*

### Die Fakultätsvertretung (FV)

„Nach der Novelierung des ÖH-Wahlrechts 2005 ist die Einrichtung einer Fakultätsvertretung nicht mehr zwingend notwendig. Trotzdem sind an den meisten Universitäten Fakultätsvertretungen eingerichtet. Ihre Aufgabe ist vor allem die Vernetzung, der in der jeweiligen Fakultät vertretenen Studienvertretungen. Außerdem entsenden sie VertreterInnen in die, der Fakultät zugehörigen, meist vollkommen machtlosen, Kollegialorgane.“

### Die Universitätsvertretung (UV)

„Die UV ist das höchste Organ der ÖH an einer Universität und kümmert sich um alle Aufgabengebiete, die nicht durch die StV oder die FV erledigt werden.“



Die UV wird nach Listenwahlrecht gewählt, was bedeutet, dass sie in hohem Maße Spielplatz von Vorfeldorganisationen, den sogenannten Fraktionen, ist. Diese stellen Vorsitz und MandatarInnen und spielen Parlament im Kleinen.

„Trotzdem hat die Universitätsvertretung wichtige Funktionen inne. Einerseits ist sie die direkte Verhandlungspartnerin von Rektorat, Senat und Universitätsrat, andererseits verwaltet sie das Budget, das den jeweiligen ÖH-Gremien (also StV und FV) zur Verfügung steht. Außerdem bietet sie in den meisten Fällen Beratung für alle Lebenslagen an.“

### Die Bundesvertretung (BV)

„Aufgabe der BV ist die bundesweite Vertretung der Studierenden, im Idealfall, die direkte Verhandlung mit den zuständigen Ministerien. Außerdem nimmt die Bundesvertretung Teile der Beratung und Serviceleistung der ÖH auf sich, indem sie Broschüren zu wichtigen Themen, wie Sozialleistungen und Diskriminierung produziert.“

Die Bundesvertretung wird durch die Universitätsvertretungen entsendet und ist damit der direkte Humanreservenpool des Parlaments.

## Bücherbörse im NIG

### Öffnungszeiten (während des Semesters)

Mo 12 bis 19 Uhr  
Di – Fr 11 bis 17 Uhr

NIG, 1., Universitätsstraße 7, Erdgeschoss  
Telefon: 01/4277-19506  
buecherboerse@oeh.univie.ac.at  
www.univie.ac.at/buecherboerse



## So funktioniert die Bücherbörse

Bei uns findest du über 10 000 Bücher und Skripten mit Schwerpunkt auf den geistes-, kultur, human- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Bücher die du nicht mehr brauchst, kannst du bei uns auf Kommissionsbasis verkaufen.

Du kannst bis zu zehn Bücher pro Woche bei uns vorbeibringen. Ein Buch, das du in die Bücherbörse stellst, darf maximal den halben Neupreis kosten. Deine Bücher können ein Jahr in der BÜBö stehen, im letzten Monat wird der Verkaufspreis auf die Hälfte reduziert. Unverkaufte Bücher, die nach einem Jahr nicht abgeholt werden, gehen an die BÜBö – und wandern in die 50-Cent-Kiste.

## Die Abwesenheit der Demokratie in den Generalversammlungen<sup>1</sup> der StudentInnen in Lyon II

### Zur Einführung

Am 20. Juli 2007 wurde in Frankreich das Gesetz LRU (Loi relative aux libertés et responsabilités des universités) oder loi Pécresse (benannt nach der Ministerin Pécresse) beschlossen. Das Gesetz bringt den Universitäten vor allem mehr Autonomie und es wird kritisiert, dass es zur Vorbereitung der Privatisierung von Bildung dient. Es weist große Ähnlichkeiten mit dem Universitätsgesetz 2002 in Österreich auf, wie zum Beispiel die Budgetautonomie, die Eigenverwaltung von Gebäuden und Personal und den Demokratieabbau. Die meisten linken Studierendengewerkschaften kritisierten das Gesetz von Anfang an. Die Mehrheitsgewerkschaft UNEF aber, die das Gesetz mitverhandelt hatte, fuhr einen Schlingerkurs. Sie beteiligte sich zwar an der Bewegung, brachte diese aber dann schließlich zu Fall, da sie einem Kompromiss zur Besserdotierung der Unis zustimmten.

Im Herbst 2007 kam es zu Streiks und Blockaden der StudentInnen und SchülerInnen an vielen französischen Universitäten und Lycées. Dazu gab es wöchentliche *assemblée générale* (Generalversammlung. Entspricht einer HörerInnenversammlung), in denen diskutiert und am Ende die einzelne Vorschläge abgestimmt wurden. So wurde an der Universität Lyon II über fünf Wochen lang gestreikt und die Uni besetzt gehalten und auch jede Woche Sarkozy mit großer Mehrheit zum Rücktritt aufgefordert. Die HörerInnenversammlungen fanden im freien oder in den Turnhallen

der Uni statt und es beteiligten sich zwischen 500 und 1.000 Menschen. Diese waren oft turbulent und kontroversiell und es wurde viel über deren demokratische Legitimierung gestritten. Im Wesentlichen gab es zwei Argumente: die einen sagten, dass eine *assemblée générale* mit 1.000 Leuten nicht über 28.000 Studierende entscheiden dürfen und es eine Internet- oder Urnenwahl geben sollte. Die anderen meinten, dass eine Debatte genauso zur Demokratie gehört wie die Abstimmung und deshalb die Abstimmung zwingend am Ende der Debatte stehen muss. Diese erfolgte durch Handzeichen und alle Anwesenden (auch Nicht-StudentInnen) durfte mitwählen. Seit Anfang 2009 gibt es nun eine neue Protestbewegung gegen das selbe Gesetz. Diesmal geht sie von Lehrenden und WissenschaftlerInnen.

### gezeit druckt einen Artikel von rebel-lyon.info ab.

Jetzt schon bei fünf oder sechs Generalversammlungen der StudentInnen unterdrücke ich meinen Ärger und meine Aufregung angesichts des traurigen Schauspiels meiner StudienkollegInnen. Ich möchte genau beschreiben, was sich dort abspielt, um einen Nachdenkprozess zu eröffnen. Versteht mich nicht falsch: Die Generalversammlung ist für mich ein legitimes anerkanntes Kampforgan, wo Debatten stattfinden und Informationen weitergegeben werden. Auch ein Ort, wo sich die gemeinsame Zukunft einer Bewegung über den Umweg von Diskussionen und

Austausch abzeichnet, wo jedeR sich artikulieren und an den gemeinsam getroffenen Entscheidungen teilhaben kann. Der Platz also, um über gemeinsam Aktionen<sup>2</sup> zu entscheiden. Denn das ist der einzig legitime Ort dafür.

Aber genau dort hapert's. Ich fühle mich schlecht, wenn ich das Wort Demokratie oder Selbstverwaltung schreibe oder in einem Flugblatt neben dem Begriff Generalversammlung lese.

Denn die Realität ist davon weit entfernt. Für mich muss die Generalversammlung der Ort sein, wo jedeR sich zu Wort melden, mitdiskutieren und mitentscheiden kann. Keiner dieser Aspekte wird in den Generalversammlungen des Campus<sup>3</sup> an der Universität Lyon II beachtet. Und noch schlimmer: Man verkündet diese scheinheiligerweise lautstark, um die in den Generalversammlungen getroffenen Entscheidungen zu rechtfertigen. [...] Ein Mikrokosmos von Repräsentationsspielen. Politische und persönliche Machtspiele, Mangel an gegenseitigem Verständnis, Autismus, teils unüberlegt, teils absichtlich, markieren in den Generalversammlungen nur das traurige Abbild jenes Verhaltens, das wir in der Gesellschaft kritisieren. Bei dem Versuch diese Tatsachen im einzelnen auszuführen, möchte ich keine Auseinandersetzungen zwischen Personen und Organisationen vom Zaun brechen, sondern beabsichtige im Aufzeigen jener Phänomene, den Weg zu ihrer Abschaffung zu ebnen. Ziel dieses Reflexionsprozesses soll das Entstehen einer selbstverwalteten, ver-



antwortungsvollen, durchdachten, konstruktiven und autonomen Praxis und Streikorganisation. Eine erste Bilanz ergibt sich aus Erfahrungen vergangener Bewegungen. Erfahrungen wie zum Beispiel: Der Kampf um Einfluss zweier Gewerkschaften (UNEF<sup>4</sup>, FSE<sup>5</sup>) und einiger politischer Organisationen (AJR<sup>6</sup> oder LO<sup>7</sup>). Es ist nicht notwendig seit langer Zeit politisch aktiv zu sein, um das zu bemerken. Wenn einige der vor Ort diskutierten Anschuldigungen tatsächlich wahr sein sollten (beispielsweise das Verhalten der UNEF während des Kampfes gegen die LRU), sind das hier dennoch nur Vorwände im Machtkampf der konkurrierenden Fraktionen. Konkurrentinnen sowohl im Hinblick auf die Repräsentation (sie wollen die legitimierte Basis der Bewegung sein und die privilegierte Gesprächspartnerin gegenüber der Autorität) als auch beim Werben um neue AnhängerInnen (den anderen politisch zu schwächen; das heißt sich der öffentlichen Meinung zu bemächtigen). Der erste dieser zwei Aspekte ist an sich schon beunruhigend: Er bedeutet, dass diese Organisationen ihre Entwicklung und ihren politischen Status über die Ziele der Generalversammlung stellen. In diesem Fall kann man sich fragen, welches Recht diese Organisationen haben, sich an den Generalversammlungen zu beteiligen, wenn die Bewegung ihnen letztlich nur dazu dient ihre eigenen Ziele zu befriedigen. [...] Dieser Widerspruch erklärt zum Teil das aggressive und respektlose Verhalten gegenüber anderen und die Missachtung der allgemeinen Umgangsregeln. Der Aspekt der Rek-

rutierung erübrigt sich von selbst, da sich Interessen der verschiedenen Fraktionen offensichtlich widersprechen. [...] Diese Verhaltensweise richtet sich nicht nur direkt gegen die gemeinsamen Interessen, sondern übt Druck aus, die eigene Meinung außer Acht zu lassen und hat die Blockade von Diskussionen und Entscheidungen zur Folge. Die deutlichste Aktion bei einer Generalversammlung ist „Chaos verursachen“ (*foutre le bordel*), auf alle Arten, die man sich nur vorstellen kann: Schreie, Beleidigungen, Angriffe auf das Publikum im Saal, Respektlosigkeit gegenüber Wortmeldungen etc. Es kann mehrere Gründe für dieses Verhalten geben: Widerstand gegen die Person, die das Wort hat, Unzufriedenheit gegenüber der Entscheidungen der letzten Generalversammlungen, eine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Bewegung. Diese Beweggründe verraten vor allem eine offenkundige Unfähigkeit, die Entscheidungen und Beschlüsse der anderen zu respektieren, wenn sie von den eigenen abweichen. Mehr noch, indem sie das gegenseitige Verständnis und das Zuhören verhindern, zielen sie sehr oft darauf ab, die Gründe für Verbitterung oder Wut zu verstärken. [...] Es ist leicht eine Generalversammlung auf geschmacklose Art zu beeinflussen, und eine gewisse Anzahl von Gruppen oder Einzelpersonen verzichtet nicht darauf. So zum Beispiel: Eine Gruppe teilt sich im Saal auf, um durch gezielten Applaus Stimmung für einen Vorschlag zu machen. Sowa hat man seit Beginn der Bewegung gesehen. Die Akte der körperlichen Bedrohungen

sind ebenfalls zahlreich: gruppenweise Umstellung des Redners / der Rednerin, um körperlichen Druck zu machen, teilweise auch außerhalb der Generalversammlung geschehen, Druck auf die RednerInnentribüne, indem man sie massenweise umstellt, etc. Die Benützung der Tribüne<sup>8</sup> für politische Zwecke (Unterwanderung durch eine oder mehrere politische Gruppen, verschiedene Repressalien, aber auch das Nichtrespektieren der gemeinschaftlichen Regeln, die von der RednerInnentribüne aus formuliert werden) ist ebenfalls üblich und zählt zu den Manipulationen, die wir beobachten konnten. Diese Verhaltensweisen zeugen von einem eklatanten Mangel an Respekt gegenüber der kollektiven Meinung. Der Umstand, über die Vorschläge am Ende der Generalversammlung abzustimmen und nicht am Ende der Diskussionen, die diese Vorschläge betreffen, ist ebenfalls eine Form der Manipulation: Am Ende einer Generalversammlung, vor allem, wenn diese sehr stürmisch war, bleiben oft nur die „BerufsaktivistInnen“ über und die Debatten schweifen weit vom Thema ab. So ist es also einfach, die Einwände, die vorher formuliert wurden, vergessen zu machen und über irgendetwas abstimmen zu lassen. Die fruchtlosen Debatten und die Wiederholungen derselben Argumente durch mehrere RednerInnen hintereinander spielen ebenfalls eine Rolle bei der Störung von Diskussionen. [...] Die Monopolisierung der Wortmeldungen durch eine politische Gruppe oder eine Einzelper-

son im besonderen trägt ebenfalls dazu bei, die Meinungsäußerung derer einzuschränken, die ohnedies nicht oft das Wort ergreifen. [...] Strukturelle Lösungen? Sicherlich, die erste Lösung für alle dieser Verhaltensweisen ist die Selbstdisziplin der Einzelpersonen, vor allem aber ist es möglich einige Probleme durch strukturelle Entscheidungen in der Generalversammlung einzuschränken. Zum Beispiel durch die Verwendung einer doppelten RednerInnenliste, indem mensch systematisch denen das Wort überlässt, die noch nicht gesprochen haben, gegenüber denen, die immer reden. Diese Vorgangsweise erlaubt eine bessere Aufteilung der individuellen Wortmeldungen. Ebenso die Rotation der Personen an der Tribüne und die Anwesenheit nicht gewerkschaftlich organisierter Personen hilft den parteipolitischen Zwang in einem gewissen Maß zu vermeiden. Die Möglichkeit einer Gruppe oder wem auch immer die Positionierung direkt um die Tribüne zu verbieten, kann körperliche Bedrohungen verhindern. Die Maßnahme denen das Wort zu verweigern, welche die anderen unterbrechen, wäre auch eine mögliche Entscheidung. Auf jeden Fall muss frau/man aber wachsam sein gegenüber diesen Einschränkungen, die es erlauben, das antidemokratische Verhalten zu stoppen aber auch andererseits willkürlich ausfallen können, wenn die Gemeinschaft nicht für die Einhaltung ihrer Regeln sorgt. Ein anderes Mittel wäre die Änderung der Logik der Entscheidungen

innerhalb der Lyon II. Die Tatsache, dass eine Generalversammlung von 500 TeilnehmerInnen angesichts von 28.000 UniversitätsstudentenInnen lächerlich ist, sollte uns zu Denken geben. Ebenso wie der Umstand, dass die Fakultätsgeneralversammlungen sehr gut ablaufen und sie gemeinsam von Studierenden und Lehrenden sind. Ihre schwächere Stellung erlaubt gleichermaßen einen leichteren Zugang zum Wort und ein ruhigeres Diskussionsverhalten. Außerdem bremst die Aufteilung nach Fakultäten offensichtlich die politischen Gruppen, indem die AktivistInnen nicht gemeinsam auftreten können. Mensch kann sich ein System vorstellen, in dem die Fakultätsgeneralversammlungen gebundene MandatarInnen bestimmen, die sich versammeln, um die Meinungen und Stimmen zusammenzutragen und die Fragen jeder Generalversammlung weiterzuleiten.

Eine Generalversammlung, die will, dass ein spezieller Punkt abgestimmt wird, stellt ihn auf dem Umweg über ihre Beauftragten allen anderen vor und jede Fakultätsgeneralversammlung stimmt darüber ab. Die Beauftragten überbringen diese Ergebnisse und das Resultat ist somit wirklich repräsentativ für die mobilisierten StudentInnen und den demagogische Repressalien der Generalversammlungen des Campus ist Einhalt geboten. Diese Arbeitsweise (föderalistisch, gebundenes und widerrufbares Mandat) wäre außerordentlich wünschenswert anstatt anderer Gremien. Wie zum Beispiel die nationalen Koordination der StudentInnen, um zu verhindern,

dass diese ein ausführendes und entscheidungstragendes Gremium wird, deren Entscheidungen sich den Generalversammlungen der StudentInnen aufdrängt, was der erklärte Wunsch mancher Gruppen ist.

Die Generalversammlung muss es möglich machen, die Entscheidungen des Einzelnen respektierend, uns zu organisieren, gemeinschaftliche Aktionen durchzuführen, sowohl auf einzelne Punkte beschränkt als auch strukturell, und ebenso unsere gemeinsamen Ziele weiterzuentwickeln. Wir wären schön dumm, uns anzumaßen, die Gesellschaft zu verändern, wenn wir selbst nicht fähig zur Selbstorganisation sind. Ihr wisst jetzt Bescheid!

*Dieser Artikel erschien am 14. Februar 2009 auf <http://rebellyon.info/article6020.html>.*

*übersetzt von Maria Lorenz  
bearbeitet von Dominik Wurnig und  
Anna & Arthur*

1 Assemblée générale entspricht einer HörerInnenversammlung, [Anm. d. Red.].

2 Tatsächlich kann jede Aktion ohne Entscheidung der Generalversammlung ausgeführt werden, wenn diese nicht für die gesamte Gemeinschaft verpflichtend wird; jede Einzelperson hat das Recht zu handeln, alleine oder gemeinschaftlich, ohne Beschluss der Generalversammlung, [Anm. d. Red.].

3 Ich lasse gerne die Generalversammlungen der Fakultäten beiseite, die in Verbindung mit anderen Abläufen





stehen und nicht dieselben Ziele verfolgen.

<sup>4</sup> Union nationale des étudiants de France. Älteste und größte Gewerkschaft der französischen Studierenden. Gilt als gemäßigt und setzt auf Verhandlungen, [Anm. d. Red.].

<sup>5</sup> Fédération syndicale étudiante. Kämpferische Studierendengewerkschaft, die der extremen Linken zugerechnet wird, [Anm. d. Red.].

<sup>6</sup> Alliance des jeunes révolutionnaires. Trotzistische, linksextreme Jugendorganisation, die der Parti ouvrier indépendant nahe steht, [Anm. d. Red.].

<sup>7</sup> Lutte ouvrière. Linksextreme, trotzistische Partei in Frankreich, [Anm. d. Red.].

<sup>8</sup> Bei Generalversammlung an der Université Lyon II wird eine „tribune“ bestellt aus der Menge der Studierenden gewählt. Diese ist für den Ablauf, die RednerInnenliste und das Festhalten der Abstimmungsvorschläge verantwortlich, [Anm. d. Red.].



Der Theaterwissenschaft und Postnazismus Reader ist bei der bagru thewi und auf der Gewi gratis erhältlich.

[www.thewi.at](http://www.thewi.at)



## THEATERWISSENSCHAFT UND POSTNAZISMUS

READER



# Habt ihr nix Besseres zu tun?

## Über die Strukturen studentischer Hochschulpolitik in Deutschland

Studentischer Hochschulpolitikalltag ist nicht selten geprägt von der Notwendigkeit, die Gegebenheiten zu erklären und zu rechtfertigen, die diesen Alltag erst ausmachen. Er wirkt von außen betrachtet gerade mal wie eine bloße Aneinanderreihung von abendlichen Sitzungsterminen, Emailverteilerkrieg und kurzlebiger Textproduktion. Menschen, denen das Anhängsel „hochschulpolitisch aktiv“ anhaftet, gehören vorrangig zu denen, die mensch fragt, wenn es darum geht einen Raum aufzufinden, eine StudentInnenparty zu organisieren oder wenn von irgendwo her Kohle kommen muss. Dann heißt es „Du weißt das doch, du steckst doch in den Strukturen drin“, „Du kennst doch die und die Leute“ und „Kannst du mir nicht mal helfen?“ Nicht selten sind es die gleichen Fragenden, die sich überrascht dem müden Gesicht zuwenden und wissen wollen, warum mensch in der Uni schon wieder irgendwelche Leute Ewigkeiten treffen musste, anstatt in der Bibliothek zu sein und wofür das alles überhaupt gut sei, schließlich sei an der Uni doch alles „tuto bene“ und ob mensch nicht lieber an irgendwas wie Karriere machen denken wolle, anstatt das Mensaeßen zu revolutionieren.

### Nur ein Ärgernis?

Mit Revolution hat Unipolitik zugegebenermaßen wenig zu tun. Im Gegenteil muss mensch sich teils zu Recht von anderen politisch aktiven Menschen vorhalten lassen, Hochschulpolitik komme ohnehin nur den

etablierten und dementsprechend verkorksten Strukturen gleich. Nicht weit ist dann ebenso der Kommentar, dann könne mensch ja auch gleich in die Politik gehen, womit dann KanzlerInamt & Co gemeint ist.

Das Gefühl, auf die Füße zu treten, findet seine Fortsetzung, wenn Professoren<sup>1</sup> mensch selbst bei rein historischen Ausführungen zu StudentInnenenschaft gezielt ins Visier nehmen und schließlich mit düsteren Vergleichen zwischen Bücherverbrennung und dem letzten Unistreik aufwarten<sup>2</sup>. Merkwürdig dabei bleibt, dass für die Warnung vor „immer nur Ärger machenden“ und tendenziell gewaltbereiten, sogenannten „engagierten StudentInnen“ meist Zeit genug da ist. Die Zeit fehlt aber ganz plötzlich für jede Art von anschließender Diskussion.

Und diese Diskussion bleibt nicht nur in der „Freizeit“ also während des gewöhnlichen Studierens aus, sondern bereits in den Hochschulgremien, in denen hoch offiziell Unipolitik stattfindet. Meldet sich einE VertreterIn der Verfassten Studentenschaft im Akademischen Senat der Humboldtuniversität zu Berlin zu Wort, hört mensch unter den ProfessorInnen bereits empörtes Gebrummel. Eine weitere Fragerunde aus der Mitte des Gremiums wird nach ohnehin schon so vielen (also etwa drei) gestellten Rückfragen zu den ewig-endlosen Monologen des Präsidiums für obsolet erklärt und dann verschwindet auch noch der Präsident der Hochschule mal eben zu einem ArchitektInnentermin, obwohl gerade das höchste beschlussfassende Gremium der Hochschule tagt

und nichts Geringeres als der Hochschulstrukturplan, also das konkrete Zukunftskonzept genau „seiner“ Universität, besprochen werden soll.

### Die „Strukturen“

Und schon steckt mensch drin im Konglomerat aus Verwaltung, Interessenspolitik, Machtspielchen, Kapitalismus und Demokratie, wobei Erstere für fast jede Art von Scheitern und Letztere zur Legitimation alles anderen Genannten herhalten muss. In Deutschland schlägt in puncto Hochschulverwaltung eiskalt der Föderalismus zu. Die Länder haben die Hoheit über diese Aufgabe und lassen sie sich auch nichts so schnell wegnehmen<sup>3</sup>, wobei sie durch das Bundesverfassungsgericht unterstützt werden<sup>4</sup>. Das kann positiv sein, um zu verhindern, dass zum Beispiel ein Kürzungsdesaster über alle Hochschulen gleichzeitig einbricht. Es bedeutet aber auch, Standards nicht bundesweit festschreiben zu können, die Hochschulbildung der jeweiligen Finanzstärke der Länder auszuliefern und einmal mehr auf Wettbewerb zu setzen. Die jeweiligen Hochschulgesetze der einzelnen Bundesländer regeln den Bereich Hochschule dabei in unterschiedlichster Weise. In jedem Fall kommt das Geld vom Land und muss zum Beispiel in Berlin gerade aktuell zwischen dem Senat und den Universitäten der Stadt anhand der Hochschulverträge verhandelt werden. Dabei wird die Höhe der Finanzhaushaltsposten angesichts der Machtverteilung auch gerne einfach nur diktiert<sup>5</sup>. Die finanzielle Länderhoheit ist ebenso der Grund dafür,



dass Studiengebühren mal mehr oder weniger aktuell auf der Tagesordnung stehen<sup>6</sup>.

### Vertreten?

Die Länder regeln aber nicht nur den Geldfluss, sondern auch welche die zentralen Organe der Hochschule sind. Das sieht dann meist mehr oder weniger demokratisch aus. In Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg wurde die Verfasste Studierendenschaft in den 70er Jahren abgeschafft. Um eine politische und nicht nur für die „Förderung der sozialen, geistigen, musischen und sportlichen Belange der Studierenden“ zuständige<sup>7</sup> StudentInnenvertretung zu gewährleisten, müssen dort Parallelstrukturen (unabhängige Asten<sup>8</sup>) geschaffen werden. Eigene Finanzhoheit und anerkannter Status als studentische Interessenvertretung haben diese deswegen aber noch lange nicht. In Hessen wird der StudentInnenvertretung bei zu geringer Wahlbeteiligung (unter 25%) der Vertretungsanspruch abgesprochen und der Geldhahn zugedreht. Derartige Einschnitte sind quasi überall möglich, weil die beschlussfassenden Gremien der Universität ohnehin nicht entsprechend der Größe der jeweils vertretenden Statusgruppen besetzt sind, sondern die ProfessorInnen generell über die Mehrheit verfügen und selbst ein studentisches Veto nach dem leider erfolglosen Vermittlungsausschuss schlicht überstimmen können. Schnell wird klar, dass es sich auch bei der Hochschule nur um einen weiteren Teil staatlicher Organisa-

tion handelt. Nur kommt er etwas sympathischer daher als andere und nennt sich: „akademische Selbstverwaltung“. Da steckt immerhin das Wort „selbst“ drin. Wie weit das aber von „eigen“ im doppelten Sinne (eigentümlich und eigenständig) entfernt ist, realisiert der engagierte Geist erst, wenn ihm besagte Struktur zurück auf die Füße tritt<sup>9</sup>. Dieses Zurücktreten kann dabei auch von ganz grundsätzlicher Art sein, so etwa wenn es ganz grob darum geht, was die ganze „Blockiererei“ in den Gremien denn solle. Ein Vertretungsanspruch oder auch nur dessen Notwendigkeit steht damit dann schnell zur Debatte. In solch einem Moment hilft es schließlich nur die Paragraphen-Keule zu schwingen und sich immer wieder auf Mitbestimmungsrechte und Demokratie zu berufen, so sinnlos das in der Gesamtschau auch wirkt.

### Nix Besseres zu tun?

Doch nicht nur gegenüber politischen AntagonistInnen, sondern auch gegenüber KommilitonInnen bedarf es häufig existenzieller Erklärungen. Auf die Frage eines Erstsemestrigen an eine hochschulpolitisch Aktive, was denn die „Verfasste Studierendenschaft“ sei, folgt nach dem Freudsprung angesichts des Interesses in der Regel ein Basiskurs in puncto Demokratiegrundverständnis. Die Frage ließe sich leichter damit beantworten einfach festzustellen, es handelt sich dabei um eine Zwangskörperschaft<sup>10</sup>, die halt irgendwie verwaltet wird. JedeR StudentIn ist ihr Mitglied. Aber damit wäre die ei-

gentliche Frage nicht beantwortet. Vielmehr geht es darum, was mensch mit einer solchen Mitgliedschaft anfängt beziehungsweise was diese StudentInnenenschaft so macht und ausmacht. Dann wird aus dem „ihr“ idealerweise ganz schnell ein „ich“ und „wir“.

Oft hilft es für das Verständnis auch, erst einmal grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass StudentInneninteressen nicht quasi automatisch beachtet werden. Natürlich erscheint es irgendwie vernünftig, dass studentische Belange bei der Konzeption von Studiengängen (Leistungsanforderungen et cetera), Bereitstellung von Geldern (für Forschung, Lehre und andere Projekte) und sonstiger Organisation (Bibliothek- und andere Öffnungszeiten) berücksichtigt werden. Die verwertungslogische Praxis zeigt aber nunmal, dass derartige Interessen auch gerne „übersehen“ werden.

Bestes Beispiel dafür ist die Umstellung der alten Studiengänge auf Bachelor und Master. Obwohl es eindeutig negative Auswertungen der Auswirkungen zu den an vielen deutschen und europäischen Unis vollzogenen Radikaländerungen gibt<sup>11</sup>, bedeutet es noch lange nicht, dass es eine gründliche Überarbeitung der ohnehin ad hoc erlassenen Regelungen gibt oder das weitere Reformschritte mit entsprechender Berücksichtigung erfolgen würden<sup>12</sup>. Immer wieder braucht es engagierte StudentInnen auf Fakultäts- oder Uniebene, die auf die offensichtlichsten Fehlregelungen hinweisen. Eine Kalkulation von wöchentlich 70 Stun-

den Arbeitszeit, als nötiger Studienzeit um ein Semester zu bestehen, räumt sich eben gerade nicht von selber aus dem Weg, sondern muss erst halsbrecherisch angeprangert werden, bevor der Entwurf der Studienordnung einer, wenn auch unbefriedigenden, Änderung unterzogen wird, anstatt blind abgenickt zu werden. ProfessorInnen, denen Forschung wichtiger als Lehre ist, müssen darauf hingewiesen werden, dass sie auch für ihre StudentInnen da zu sein haben. Und last but not least, braucht es auch gegenüber UniversitätspräsidentInnen ab und zu die lautstarke Erinnerung, dass es sich bei einer Universität nicht um ein Unternehmen handelt und kleine Fachbereiche nicht schon deswegen überflüssig sind, weil sie nicht dazu taugen Drittmittel einzuwerben. Die Beispiele sind zahlreich und nicht selten geht es dabei um Geld. Geld für vernünftige Kinderbetreuung anstatt für Kriegsforschung<sup>13</sup>. Geld für eine gute Sozialberatung (Bafög<sup>14</sup>, Unterhalt, Studienplatz einklagen und vieles mehr) anstatt für einen 18.000 Euro teuren Elitestudiengang. Geld für Projekte, die zugegebenermaßen nicht profitorientiert sind, die aber entscheidend dazu beitragen können, Universität wenigstens als möglichen Freiraum zu nutzen und in ganz dreisten Ausführungen sogar Spaß machen.

### Was heißt hier eigentlich „ihr“?

Um Interessen artikulieren zu können, braucht es eben ein Mittel und

möglichst kein zahnloses. Bissig ist das Mittel dann, wenn es Hierarchien und kapitalistisch-affirmativer Passivität etwas entgegensetzen kann. Studentische Hochschulpolitik kann das in ihrem Rahmen dann, wenn sich viele Menschen an ihr beteiligen, die sich nicht bloß verwalten lassen wollen und was dagegen haben als StudentInnenschaft ihren jassage Teil der Hochschuldemokratie zu stellen<sup>15</sup>. Sämtliche progressiven studentischen Projekte genauso wie reflektierte Proteste, sei es gegen unsoziale Studienbedingungen oder irgendwelche Finanzkrisenszenarios, brauchen immer und überall Unterstützung. Ginge es bloß ums Mensaessen – gäbe es wohl viel Besseres zu tun. Doch das ist schon längst privatisiert. Naiv, wer das zum Thema von Hochschulpolitik machen will. Stattdessen muss es viel mehr um die Zurückdrängung von Marktlogik, den Abbau von repressiven und rückständigen Strukturen und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten von StudentInnen gehen. Diese Kritik muss sichtbar und hörbar sein, denn eins steht fest: Passiv im Unialltag zu versumpfen, ist auf keinen Fall etwas Besseres zu tun zu haben.

von Annas Arthur

Vorlesung in der Juristischen Fakultät.

<sup>3</sup> Zumindest finanzstarke Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg nicht.

<sup>4</sup> Siehe Entscheidung zur Juniorprofessur, Studiengebühren etc.

<sup>5</sup> Aufgrund der erwarteten Kürzungswelle wird in Berlin im Juni gestreikt werden. Ebenso bundesweit: <http://www.bildungstreik2009.de/>.

<sup>6</sup> Z.B. keine Gebühren in Berlin, aber in Bayern und ab und zu in Hessen.

<sup>7</sup> Siehe Hochschulgesetz Baden-Württemberg.

<sup>8</sup> ASten: Plural für AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss, stellt die eigentliche StudentInnenvertretung, wird in der Regel vom Studierendenparlament (Stupa) gewählt.

<sup>9</sup> Zum Beispiel in Sachen politischem Mandat, also dem gesetzlichen Verbot sich als StudentInnenschaft zu mehr als hochschulpolitischen Fragen zu äußern <http://www.pm-buendnis.de/de/themen/politisches-mandat/>.

<sup>10</sup> Mit jeweiligen Rechten (z.B. Semesterticket) und Pflichten (siehe politisches Mandat).

<sup>11</sup> Studierbarkeitsumfrage der HU Berlin <http://www.studierbarkeit.de/>.

<sup>12</sup> An der Universität Potsdam gibt es seit über einem Jahr den Studiengang Military Studies. <http://www.militarystudies.de/>

<sup>13</sup> Zum Beispiel, bei dem Versuch auch die Rechtswissenschaftsstudiengänge zu modularisieren <http://akj.rewi.hu-berlin.de/rewireform/index.htm>.

<sup>14</sup> Bundesausbildungsförderungsgeld, ähnelt der Funktion nach der Studienbeihilfe in Österreich

<sup>15</sup> So gesehen beim Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Sachen „Bezahl-Master“.

.....  
<sup>1</sup> Die männliche Form ist bewusst gewählt, um auf die nach wie vor geringe Anzahl an Professorinnen aufmerksam zu machen.

<sup>2</sup> So vorgekommen an der HU Berlin,

# E-Voting durchbuchstabiert



## Die ÖH-Wahlen 2009 als ministerieller Traum von der digitalen Verwaltung.

Mehr als ein Verwaltungsaufwand scheinen die kommenden ÖH-Wahlen für Wissenschaftsminister Hahn und die Befürworter\_innen von E-Voting nicht zu sein: quasi ein chronisch auftretender, bürokratischer Akt, dessen Amtsaspekt es erlaubt, über grundsätzliche Bedenken hinwegzusehen und die eigene Unfehlbarkeit nicht anzweifeln zu müssen. Es wird in erster Linie der Serviceaspekt hervorgehoben (z.B. „zusätzliche Möglichkeit“, „von zu Hause wählen“) und Demokratie als singulärer Wahlakt eines möglichst hohen Anteils Wahlberechtigter missverstanden. Dass Demokratie, wird sie ernsthaft und in emanzipatorischer Absicht begriffen, auch abseits von Wahlvorgängen gefördert werden muss, wird dabei nicht einmal mehr ignoriert.

Was die Einführung von E-Voting für das Ministerium nebenbei so reizvoll macht, ist die Möglichkeit, ein bisschen das Image des ÖVP-Spitzenkandidaten für die Kommunalwahlen 2010 in Wien (das wäre: Hahn) mit modernem Macherlack der Marke „Technophilie plus“ aufzupolieren. Dieses gelingt freilich nur, wenn die elektronischen Wahlen so funktionieren wie vom Minister gewünscht – und das ist bislang weder aus technischer, noch aus verfassungsrechtlicher Sicht klar.

### e wie unverständlich

Kryptografie und „starke Verschlüsselung“. Public-Key-Verschlüsselungssysteme mit öffentlichen und geheimen Schlüsseln. „Hashwerte“. Zertifikate für die Signatur und Ver-

schlüsselung. „Personenbindung“ und „Stammzahlenregisterbehörde“. Ein „bereichsspezifisches Personen-kennzeichen“. „Bürgerkarten-Umgebung“ und „Applikation“. Alles klar? Nicht alle diese genannten Begriffe müssen vorab verstanden sein, um elektronisch wählen zu können. Aber ihre Nicht-Alltäglichkeit drückt mehr aus als eine gewisse individuelle Distanz zur angewandten Technik. Es steht eine wichtiger werdende Hierarchie dahinter, die sich anhand von spezifischem informatisch-mathematischem Wissen und Können herausbildet. Jenen, die nicht mit diesem Wissen vertraut sind, wird eine transparente Stimmabgabe oder eine weitgehend bewusste Teilhabe verunmöglicht. Diese Unverständlichkeit hat somit das Potential, neue gesellschaftliche Asymmetrien zu schaffen und alte zu reproduzieren.

### e wie undurchschaubar

Eine Wahlbeobachtung, die den prinzipiellen Anspruch erheben kann, alle Stimmen auf ihren Wegen bis zu Auszählung und Archivierung zu begleiten und auf ihre geheime und persönliche Stimmabgabe zu kontrollieren, wird es bei E-Voting einfach nicht mehr geben. Es wird nicht schwieriger oder eingeschränkter, es wird schlicht unmöglich. Das ist keine Frage der „Korruptierbarkeit“ von einzelnen Beteiligten. Sondern es hängt mit der Form der „Stimmzettel“ und deren Trägermedium zusammen, einem Zusammenschluss vieler vernetzter Computer („Internet“). Papierzettel sind halt zum einen nicht per Mausclick reproduzier-

bar oder vervielfältigbar – digitale schon. Und zum anderen kann im Internet nicht rückverfolgt werden, auf welchen Wegen ein „Stimmzettel“ in die Wahlbehörde gelangt ist und – wichtiger – es kann nicht rückverfolgt werden, wie oft und von wem diese am Weg dorthin kopiert worden sind. Das spielt eine tragende Rolle bei der Geheimhaltung des Wahlverhaltens.

Kontrolliert werden kann aber zu einem gewissen Grad die Geheimhaltung des Inhalts und die Authentizität des Stimmzettels, und zwar durch kryptografische Methoden. Nur zu einem gewissen Grad deshalb, weil das verwendete Verschlüsselungssystem mit seinen Algorithmen nur so stark ist, wie die momentan verwendeten Computer schwach und der Verwahrungsort der „geheimen Schlüssel“ sicher. Eine Zuordnung von einzelnen Stimmabgaben zu bestimmten Personen bleibt über die Jahre beim E-Voting dennoch latent. Bei einer Papierwahl hört sie aber schon dort auf, wo Stimmzettel mit unterschiedlichen Kreuzerln in der Wahlurne landen.

### e wie ausschließend

Entdemokratisierung passiert. Weiterhin. Und in immer anderen konkreten Formen. Bei E-Voting mag es auf den ersten Blick paradox erscheinen, dass eine zusätzliche Möglichkeit, Stimmen abzugeben, weniger „Demokratie“ zur Folge haben sollte. Aber wie oben erwähnt, besteht Demokratie nicht nur in der sakralen Isolation einer Wahlzelle, sondern

ist ein demokratischer Prozess. Und bei demokratischen Prozessen ist wichtig, dass viele Menschen diese Demokratie „machen“ und sie sich nicht „machen lassen“, z.B. von vom Ministerium berufenen Amtsträger\_innen. Eine prinzipielle Möglichkeit Wahlbeobachtung durchzuführen, ohne dass mensch auf eine wahlwer-

bende Gruppe angewiesen wäre, ist um vieles sinnvoller und demokratischer, als es E-Voting darstellen kann. Demokratiedurchführung sollte nicht als Bürde gesehen werden, sondern als Ereignis der Arbeit einer Vielzahl, auch politikferner Personen. Dies sollte ein Ziel politischer Bildung sein und es sind finanzielle und rechtliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um dies zu ermöglichen.

Techniker\_innen und Verwaltungsbeamte bestimmen im Fall von E-Voting zudem, ob es überhaupt noch möglich sein wird, eine ungültige Stimme abzugeben. Damit könnte Einigen die letzte Möglichkeit abhanden kommen, den Widerspruch zwischen symbolhaften Doch-Wählengängen bei gleichzeitiger Ablehnung der herrschenden Form von repräsentativ-demokratischer Entscheidungsfindung mittels ungültiger Stimmabgabe bewältigbar zu machen.

Was E-Voting noch zu einem Spezifikum macht, sind das Ausmaß und die Genauigkeit der möglichen Manipulationen. Denn ist erst mal ein Weg gefunden, Stimmen zu fälschen, lässt sich dies oft schon mit Hausmitteln automatisieren und dadurch massenhaft Veränderungen des

Wahlergebnisses durchführen. Oder es lassen sich in versteckter Weise gezielt einzelne Mandate „zum Kippen“ bringen, sodass die gewünschte Fraktion unberechtigt über eine Mehrheit verfügt.

#### **e wie unsicher**

Was als „sicher“ gelten kann, sind die Verschlüsselungsalgorithmen. Mit der momentan verfügbaren Rechenkraft ist es praktisch unmöglich, eine Verbindung rechtzeitig zu entschlüsseln und zu manipulieren. Nur – und das ist der springende Punkt der Kritik – Sicherheit hört nicht bei den Algorithmen auf, sondern setzt sich in ihrer Implementierung und Anwendung fort. Die bösen „ausländischen Hacker“, vor denen ein Ministeriumssprecher bereits gewarnt hat, würden aber auf jeden Fall andere Wege beschreiten: Sei es über das Auslesen von Passwörtern, das Ausnutzen einer (noch nicht bekannten) Sicherheitslücke oder – als Sicherheits-GAU – das Kopieren und Verbreiten der beiden geheimen Schlüssel der Wahlkommission. Die Lücken bestehen meistens in der unsicheren Anwendung. Darüber schweigt das Ministerium aber geflissentlich.

Heute als „sicher“ geltende Algorithmen könnten in absehbarer Zeit (also durchaus schon in 20 bis 30 Jahren) leicht knackbar sein. Das mag relativ weit in der Zukunft liegen, nichtsdestotrotz kann man spätestens dann nicht mehr von einer „geheimen“ und „anonymen“ Wahl sprechen. Und die eindeutige Nachverfolgbarkeit und nachträgliche Zuordnung von Personen zu deren

Wahlverhalten ist prinzipiell nicht wünschenswert. Punkt.

Spannend wäre zu erfahren, wie die beiden Personen, die im Besitz der zwei geheimen Schlüssel sind, gedenken, diese vor unberechtigter Verwendung zu schützen. Auf einem ans Internet angeschlossenen Windows-Laptop mit unverschlüsselter Festplatte? Oder doch im Hochsicherheits-Datenbunker des österreichischen Bundesheeres in St. Johann, gleich neben den Rechnern des Schengen-Informationssystems, supersicher davor, „nach draußen“ kopiert zu werden?

#### **e wie kalkuliert**

Relativ unverhohlen gilt die ÖH-Wahl dem Ministerium als Testlauf bei einer „signifikanten Wahl“ (Hahn). Gesetzt wird auf eine relative Technikaffinität von Student\_innen, die sie zum Verwenden der elektronischen Wahlmöglichkeit bringen soll. Weiters darf Hahn als österreichischer Minister auf der „großen“ europäischen Bühne mit stolzer Brust auf das Niveau von E-Government in „seiner“ Verwaltung verweisen. Trotzdem scheint ein billiger Anreiz notwendig, die Bürgerinnenkarte den Menschen aufzuschwatzen: gratis Aufrüstung, gratis Kartenlesegerät, gratis Eintrittskarten. Dumm, dass die Bürgerinnenkarte auch dann niemand so richtig wollte.

Zu guter Letzt würde man dem ÖVP-Ministerium nicht gerecht werden, würde ihm nicht auch politisches Kalkül unterstellt sein. Der kategorische Imperativ lautet dort nun schon seit geraumer Zeit: Führe



keine wahlbezogene Veränderung durch, die nicht der ÖVP-Aktions-Gemeinschaft zugute käme oder diese zumindest nicht diskriminiere. Geduldet wird dies von der SPÖ, deren Handschrift im Bereich „Wissenschaft“ mit Zaubertinte abgefasst wird: Kaum einmal in Medien gesehen, schon ist sie wieder unsichtbar – auch wenn einige SP-Menschen die Bedenken „maximal ernst“ (Kräuter) nehmen wollen.

Nicht nur ÖH-Teile haben Bedenken geäußert. Verfassungsrechtliche Einwände wurden von Verfassungsjurist\_innen ebenso vorgebracht, wie vom Präsidenten des VfGH; datenschutzrechtliche vom Datenschutzrat und einschlägigen NGOs. Andere sehen eher die Symbolhaftigkeit oder die Ritualität von Papierwahlen und damit das bürgerlich-demokratische Leben gefährdet.

Den richtigen Schritt hat die Wahlkommission an der Uni Wien gesetzt: Deren Vorsitzende, Gerda Marx, und ihr Stellvertreter sind zurückgetreten. Das war zwar lästig für das Ministerium, ist aber inzwischen ausgebügelt worden – eine neue Wahlkommission stand nach kurzer Zeit. Ebenso zurückgetreten ist die Wahlkommission an der Uni für angewandte Kunst. Aber auch hier ist inzwischen eine neue Wahlkommission eingesetzt. Die Wahlkommission an der Uni Graz will ebenso kein E-Voting, fordert aber Hahn lediglich dazu auf, „seine Entscheidung zu überdenken und von einer Durchführung elektronischer ÖH-Wahlen abzusehen“, auch wenn sie sich „außer Stande [sieht], die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu garan-

tieren und für diese die Verantwortung zu übernehmen“.

Nicht unwichtiges Detail am Rande: Das deutsche Verfassungsgericht hat in einer beachteten Entscheidung im März 2009 den Einsatz von Wahlmaschinen in Deutschland nachträglich für verfassungswidrig erklärt. Begründung war, dass die „Öffentlichkeit der Wahl“ mit den verwendeten Wahlmaschinen nicht hätte kontrolliert werden können. In Österreich gilt zwar im Unterschied zu Deutschland das Prinzip „Öffentlichkeit der Wahl“ nur eingeschränkt, Minister Hahn zieht aber prophylaktisch trotzdem ein bisserl Konsequenzen: Er lässt „Prüfsummen“ einführen, die belegen sollen, dass die Stimme gezählt worden ist. Diese sollen überprüfbar machen, ob die abgegebene Stimme auch wirklich gezählt wurde. Löblich zwar der Anspruch, aber wiederum zwei Bedenken: zum einen, warum nicht gleich? Und zum anderen wäre nur eine Lösung, die nicht und nie eindeutig auf Personen rückschließen lassen würde, eine gelungene gewesen.

### Keine Wahlempfehlung

In Summe sind jene, die ihr Wahlrecht bei der ÖH-Wahl nützen wollen, besser beraten, nicht e-voten zu gehen. Die Papierwahl ist einfach, verständlich und bewährt.

E-Voting bringt keine nennenswerten Vorteile. Es macht Diskriminierungen in der Bürokratie nicht verschwinden (wie z. B., dass nur EWR-Bürger\_innen das Wahlrecht zugesprochen bekommen), es bringt keine politischen, emanzipatorischen Inhalte

weiter und es macht keine Machthierarchien innerhalb der ÖH (wie Fraktionen oder ÖH-Ebenen) unwirksam. Im günstigsten Fall kommt es bei der ÖH-Wahl 2009 zu einer klar ersichtlichen Ablehnung des dahinterliegenden, bürokratischen Demokratieunverständnisses (z.B. durch einen Boykott der elektronischen Wahl) und sie wird durch allfällig entdeckte Sicherheitslücken für ungültig erklärt. Dann kann E-Voting auch nicht mehr als hübsches Mascherl für Minister Hahn dienen und wird für zumindest zwei Jahre in einer Schublade versenkt werden. Bis zur nächsten ÖH-Wahl. 2011. Im Übrigen sei noch zärtlich auf die basisdemokratische Weisheit hingewiesen, dass Stimmen abzugeben dazu führen kann, diese nicht mehr zurückzubekommen. Also: lieber die eigene Stimme selbst zu vertreten lernen, anstatt sie gleich abzugeben!

von Alex Berger

15

Links:

Technische Spezifikation der Bürgerinnenkarte: <http://www.buergerkarte.at/de/spezifikation>

Informativer Blog gegen E-Voting in Österreich: <http://www.papierwahl.at>

Audio-Mitschnitt eines Vortrags zu Verschlüsselungssicherheit: [http://ftp.c3d2.de/datenspuren/2007/06\\_was\\_schert\\_uns\\_verschluesselung.ogg](http://ftp.c3d2.de/datenspuren/2007/06_was_schert_uns_verschluesselung.ogg)

## Warum Konsumfreiheit alleine die bestehenden Verhältnisse nicht ändert.

Freiheit, Selbstbestimmung und Autonomie sind nach wie vor kaum hinterfragte, doch stets affirmierte Ziele und Forderungen linker Bewegung. Meist geäußert ohne sie auf den gesellschaftlichen Zusammenhang zu beziehen, in dem sie erscheinen. Oft geäußert in Bezug auf Häuser, Räume und Räumlichkeiten, in denen diese Ziele erfahrbar werden sollen. Im Folgenden soll anhand von Beispielen aus Wien aufgezeigt werden, inwiefern die Forderung nach Freiräumen „eine Verkürzung der Forderung nach der freien Gesellschaft“ (Kahlo/Stern) darstellt.

Freiraumgruppen und selbst ernannte Freiräume sehen sich als Teil globaler Widerstandsbewegungen gegen Herrschaft und Unterdrückung. Durch selbst organisierte Raumeignung sollen Orte geschaffen werden, in denen gegenwärtige gesellschaftliche Strukturen ausgehebelt werden, sodass ein hierarchiefreies Miteinander ohne kapitalistische Ausbeutung möglich sei. Das klingt dann zum Beispiel beim „anarchistisch/libertären Kollektiv“ I:DA so: „Die I:DA ist der Versuch einen hierarchiefreien Raum zu schaffen“ beziehungsweise der „Versuch eine Utopie zu leben“. Ziel ist ein „[h]errschaftsfreies Leben“ ohne „irgendein Verhalten, das andere unterdrückt“. „Der Freiraum I:DA soll gleichsam als Laboratorium dienen, in dem wir zusammen genau die menschlichen Eigenschaften erproben und schärfen, die zur Errichtung einer neuen Ordnung notwen-

dige Voraussetzung sind“ (<http://ideedirekteaktion.at/>).

Als Ursprung aller gesellschaftlichen Unterdrückung wird der Nationalstaat ausgemacht, mit dessen Abschaffung alles gesellschaftliche Übel quasi gegessen sei. Das Übel, gegen das es einzutreten gilt, umreißt auch die Gruppe „Freiraum“ vergleichbar, indem sie es in „Sexismen, Heterosexismen, Rassismen und Antisemitismen usw.“ ausmacht, welche Herrschaft reproduzierten und „nicht ablegbar“ seien. Dies zu reflektieren würde zur „wichtigste[n] politische[n] Handlung“. Geeigneter Raum hierzu seien eben „Freiraum“, nämlich eine „Spielwiese, auf der wir mit neuen Formen des Zusammenlebens rumexperimentieren können. [...] Wo wir die Realität zusammenbrechen lassen und lustvoll neu aufbauen können. [...] Kurze Momente des Aufglimmerns einer neuen Welt“ (<http://freiraum.lnxnt.org/>).

Dass es möglicherweise gilt, mehr als nur Staat und Nation abzuschaffen, erkennt immerhin die Initiative „Pankahyttn“, welche feststellt, dass „[e]ine wirkliche und endgültige Lösung [...] nur die Abschaffung von Privatbesitz an Boden und Produktionsmitteln sein [kann]“ (<http://www.pankahyttn.isdrin.at/>).

### Die Freiheit, die ich meine

Freiraumgruppen sind zwar heterogen, haben aber eines gemeinsam: Sie suchen Auswege aus dieser Gesellschaft. Diese führen überwiegend über die Kritik des Staates, welcher als Basis aller Herrschaft ausgemacht wird. Der Staat erscheint

als Herrscher über die autonom gedachten Subjekte. Dieser Gegensatz mag vor einigen duzend Jahren noch theoretisch richtiger gewesen sein, scheint aber heute aufgehoben, wo die Herrschaft sich durch neue, abstrakte Herrschaftstechniken, in denen staatliche Kontrolle individualisierend wirkt, auszeichnet. Von der kapitalistischen Verfasstheit dieses Staates wird hier – und nicht nur in der Freiraumbewegung – allzu gerne geschwiegen oder sie wird ihm untergeordnet.

Die Einschätzung, im „Freiraum“ „frei“ von Unterdrückung und auch kapitalistischer Verwertungslogik zu sein oder, so die etwas Nachdenklicheren, zumindest eine Ahnung von „Freiheit“ erfahrbar zu machen, erscheint „zweckoptimistisch und nur begrenzt reflektiert“ (Kahlo/Stern). Nicht selten erscheinen so Räume ohne „Konsumzwang“ als individualisierte Aussteiger\_innenprogramme in eine bessere Welt. Die Frage nach den Bedingungen dieser Vorstellung wird nicht gestellt. Vielmehr wird oftmals davon ausgegangen, dass es einzig die „richtige“ Einstellung sei, von der die Umverteilung von Reichtum und gleiche Rechte für alle abhängen.

Der Versuch, Gleichheit durch die Ausgrenzung von definierten gesellschaftlichen Unterdrückungsverfahren im „Freiraum“ zu erzielen, unterliegt einem Kurzschluss. Denn ebene entstehen in der bürgerlichen Gesellschaft erst, wenn Gleichheit durch Ausgrenzung all dessen, was im Subjekt nicht im Sinne der Vergleichbarkeit als Arbeitskraft und Staatsbürger aufgeht und das als un-



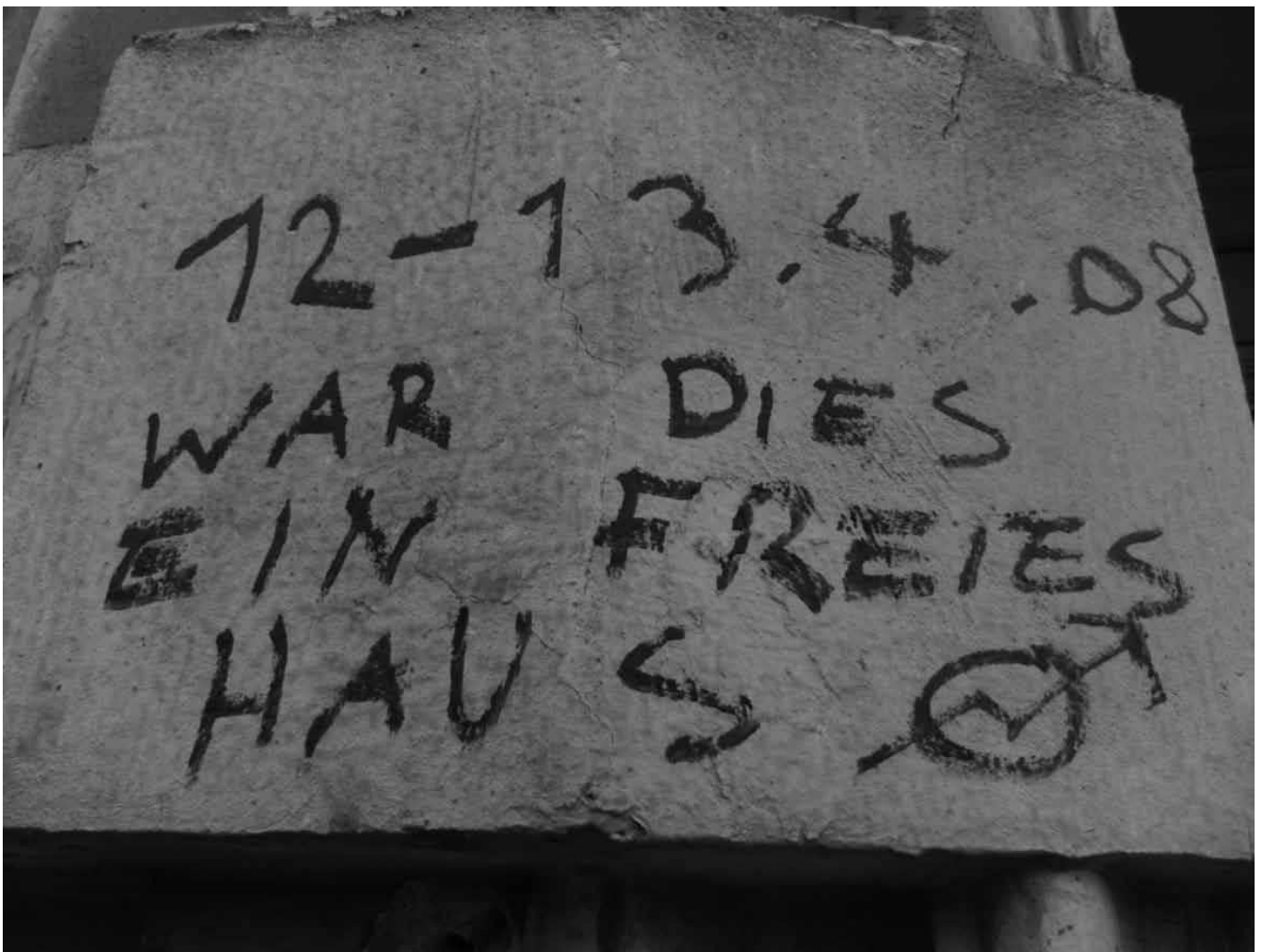


kontrollierbare Natur erscheint, erschaffen wird. Das im bürgerlichen Gleichheitsbegriff angelegte Ideal von Selbstständigkeit und Autonomie bleibt jedoch immer Schein, der keine wirkliche Unabhängigkeit bedeutet, sondern nur die Unterwerfung unter das gesellschaftlich herrschende Allgemeine, das heißt die den Staat repräsentierende Vernunft, die die Identität des bürgerlichen Subjekts ausmacht. Das Subjekt ist also eine Abstraktion – und verhält sich somit

zum wirklichen Menschen ganz ähnlich wie Tausch- zu Gebrauchswert. Individuum und Gesellschaft sind also keine Gegensätze, das heißt auch: Befreiung lässt sich nur innerhalb grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen vorstellen. Dass mensch nicht „einfach so aussteigen“ kann, ist selbst in der Freiraumbewegung bekannt. Diese Einsicht schafft jedoch längst nicht Abhilfe. Die unreflektierte Forderung nach „Selbstbestimmung“ in dieser Gesellschaft führt so

zu nicht mehr oder weniger als der Internalisierung von Herrschaft. So werden die Verhältnisse allzu leicht zum individuellen Problem der Beteiligten am Freiraum. Dennoch bleibt die Hoffnung, kleine kommunistische Enklaven in der Gegenwart zu bilden, um dem eigenen Leiden ein Ende zu bereiten, das zentrales Antriebsmoment der Freiräumler\_innen. In deren Realisierung wird oftmals dann klar, wie reaktionär Utopien werden

17



können, wenn sie vermeintlich umgesetzt werden. „Denn um den befreiten Zustand zu beschreiben, stehen nur Kategorien der Verdinglichung und Unterdrückung bereit und darum müssen auch in die Freiheitskonstruktionen Elemente der Unterdrückung einfließen.“ (Truman 2002:34) Auf oftmals autoritäre Weise werden so neue Normen und Werte aufgestellt, an denen der\_ die Einzelne – und Frauen und deviante Geschlechtlichkeiten womöglich ganz besonders – scheitern müssen.

### Frauenräume

Dies ist keine Neuigkeit und so beziehen sich zahlreiche feministische Ansätze auf das Freiraumkonzept. So finden sich im Wiki der Gruppe „Freiraum“ gleich zwei Dossiers zum Thema. Über einen „trotzigen Frauenraum“ heißt es, in diesem könnten Frauen ihr „SUBJEKT GEDEIHEN“ (Schreibweise i. O.) lassen, was dann konkreter bedeutet: „haare wachsen (, wo sie wollen), brüste hängen, körper sind asymmetrisch und alle so schön-individuell!“ (Schreibweise i. O.). Frauenräume sollen „jeder frau die möglichkeit bieten, in sich hinein, um aus sich heraus und somit über die gesellschaftlichen zwänge hinaus zu wachsen. [...] FRAUENRAUM bedeutet ernst-nehmen, aufmerksamkei, atempause (im ständigen kampf), möglichkeit zur entfaltung, austausch, autonomie und einfachraum für weiblichkeit, wie sie sein will!“. Auch der Text zur queer-feministischen Rauman eignung bietet die üblichen Freiraumparolen: Man

wolle „an den Formen unseres Beisammenseins und dem Aufbrechen fremdbestimmter Strukturen arbeiten [...] – einen Ort, wo das, wofür wir kämpfen, erlebbar gemacht werden kann.“

In Rekapitulation des vorher Gesagten lässt sich also feststellen, dass auch hier der Glaube vorherrscht, man könne einen Raum jenseits kapitalistischer Verhältnisse schaffen. Der Glaube, tatsächlich selbstbestimmt, also frei von Kategorien der Verwertung und Unterdrückung, zu agieren. Als wären Geschlecht und Sexualität in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit nicht auch ebenso zwanghaft wie Autonomie und Selbstbestimmung – und als würde die Erkenntnis all dessen allein zur Revolution führen. Dass Frauenräume für Menschen, die als Frau sozialisiert wurden und/oder weibliche Erfahrungenwelten erleben, Orte sein können, Bestätigung zu erhalten, Mut zugesprochen zu bekommen, Pläne zu schmieden, bleibt unbestritten. So tragisch ihre Notwendigkeit ist – allzu oft verharren sie in demokratischen, affirmativen Forderungen über nach Abtreibungsrechten und Gleichstellungsquoten – bei gleichzeitig linksradikalem Anspruch. Von einer Aufhebung der bestehenden Verhältnisse, dialektisch-materialistischer Kritik und zeitgenössischer, linker Theoriebildung ist jedoch in den seltensten Fällen die Rede.

### Subventionierte Autonomie

Für jede Art der Freiraumnahme zeigt sich also der Glaube, mensch könne hierarchiefrei im Hier und Jetzt leben

und durch kleine autonome Parzellen das gute Leben erfahrbar machen. Offenkundig will mensch nichts davon wissen, dass im Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen nie wirklich erfüllt werden können. Dies deshalb, weil unter kapitalistischen Verhältnissen Bedürfnisbefriedigung warenförmig vermittelt wird und von der privaten Zahlungsfähigkeit beschränkt wird – die wiederum davon abhängt, ob der stets prekäre Verkauf der eigenen Arbeitskraft gelingt oder nicht. Es gibt also nicht „die da oben“, die uns ausbeuten, sondern jede\_r Einzelne ist aktives, kapitalistisches Subjekt und trägt, auch wenn sie\_er meint es nicht zu tun, zur Aufrechterhaltung des Systems bei. Auch ein Raum ohne „Konsumzwang“ oder mit „freier Preispolitik“ ist ein kapitalistisch subventionierter und strukturierter Raum. Das Geld kommt von ÖH und GAJ, die Cola, die die Nutzer\_innen trinken, haben sie nicht am Tresen, sondern im BILLA gekauft. Und die „freien“ Preise sind dennoch darauf angewiesen in kapitalistischer Logik durchdacht zu bleiben, um Miete und Einkauf abzahlen zu können. Die Menschen, die solche Räume aufrecht erhalten, investieren viel Schweiß und Zeit und müssen dennoch im „draußen“ hackeln gehen, damit sie den Luxus „Freiraum“ haben können.

Kapitalismus modernisiert sich so in „Freiräumen“, da die Individuen erst recht eigenverantwortlich Warenwerte bestimmen. Das Freiheitsversprechen des Kapitalismus realisiert sich erneut. Eine umfassende Kritik der Verhältnisse, in denen Konsum-



ption, auch im „Freiraum“, geschieht, scheint angebracht – bleibt jedoch aus.

### Handlungsfähigkeit?

Gesellschaftliche Probleme müssen kollektiv gelöst werden durch die Aufhebung einer Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen in einer Weise strukturiert, dass ihre Beherrschung überhaupt notwendig wird. Es geht nicht darum, einfach aufzuhören „linke“ „Alternativen“ zu schaffen – richtig ist weder nichts tun noch etwas tun. Doch es gilt, zumindest Bewusstsein darüber zu schaffen und allen Beteiligten zukommen zu lassen, dass wahre Selbstbestimmung erst in einer freien Gesellschaft möglich ist.

In den Ansprüchen nach Gleichheit, Glück und Selbstbestimmung stecken Ideale, deren Erfüllung für alle auf sich warten lässt und die immer gegen die schlechten realen Verhältnisse eingefordert werden können. Es wäre möglicherweise sinnvoll, sensibler mit diesen Begriffen umzugehen, zeigt doch die Reflexion auf sie, dass sie, in der Gegenwart ausgesprochen, Herrschaft affirmieren.

Statt Kapazitäten zu schaffen, binden somit viele „Freiräume“ diese lediglich, da die Aktivist\_innen mit der permanenten Aufrechterhaltung der imaginierten „Freiheit“ beschäftigt sind, welche zur grundlegenden Umwälzung der Verhältnisse nötig sei. Ohne rot-schwarze Brille betrachtet, geht es jedoch zumeist viel eher darum, die negativen Folgen von Kapitalismus und Herrschaft für alle Betroffenen weniger unangenehm zu gestalten: Die einen stehen zwar in unentgeltlicher unentgeltlicher Selbstausbeutung am Tresen, doch die anderen können billig trinken und unter Menschen abhängen, die zumindest eine Ahnung davon haben wie sexistische und rassistische Strukturen aussehen. „Freiräume“ werden somit vielmehr zu „Entlastungszonen“, in denen sich gesellschaftliche Strukturen zwar weiter fortsetzen, ein spielerischer Umgang mit ihnen jedoch Momente schafft, in denen Betroffenheit erleichtert wird. Um dies jedoch erfahrbar zu machen, müsste das unerträgliche Reden von „Freiheit, Selbstbestimmung und Autonomie“ ein Ende finden – findet sich in diesen Begriffen doch nichts anderes als die Verwirkli-

chung bürgerlicher und kapitalistischer Versprechen. Statt schönfärbender Sozialromantik wäre eine Theorie zur bislang verkürzten Praxis aufzustellen, welche sich nicht darin erschöpft festzustellen, man habe ja erkannt, es gebe nichts Richtiges im Falschen, sondern die ebenjenes Falsche benennbar macht, um in diesem Sinne Praxis zu betreiben.

von Maria Grekova

19

---

#### Literatur:

Alexandra Kahlo/Paul Stern (Redical [M]): Freiraum oder richtig feiern? Zur Angemessenheit des Freiraumkonzepts Angesichts der allgemeinen Fassungslosigkeit in der radikalen Linken. In: Phase2 28/2008 (<http://phase2.nadir.org/index.php?artikel=569&print=http://phase2.nadir.org/index.php?artikel=569&print=>)

Andrea Truman: Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Stuttgart 2002.



# Das Kreuz mit der Sprache...

...oder, was wirst du diesen Sommer machen?

„Na, was wirst du diesen Sommer machen?“

„Ich denke, ich besuche meine Tante in Glenkill ... Und Du?“

20 „Mein Großvater hat mich zu einem revolutionären Camp nach Larzac eingeladen. Du weißt schon, das Kaff wo die Bauern ihre Schafe unter den Eiffelturm getrieben haben. Ich freu mich auch schon riesig darauf – nur habe ich Angst, dass ich vieles, was auf Französisch gesprochen wird, nicht verstehen werde. Larzac ... Das ist schon eine Reise wert, besser noch von Larzac nach Paris...“

„...Ja den Eiffelturm anschauen ...“

„Ich zähle nämlich zu jenen betroffenen Studentinnen, die durch die restriktiven und untragbaren Zustände an unserer Uni kaum die Möglichkeit haben, Sprachen zu lernen. Aber nicht nur ich bin betroffen...“

Studentinnen, in deren Studienplänen Sprachkompetenzerwerb vorgesehen ist. (Romanistinnen, Slawistinnen etc.)

Studentinnen, die Sprachkompetenzen für das Studium benötigen, die aber keine Sprachkurse vorgeschrieben haben (Translationswissenschaft, Master Osteuropäische Geschichte, Vergleichende Literaturwissenschaft etc.)

Studentinnen, die Sprachkompetenzen erwerben wollen (auch für ein sinnvolles Studieren)

  
Mehr Infos  
jeden Montag ab 18 Uhr  
am Gewi Plenum



21



# Studentischer Widerstand?

## Von Protest, Politisierung und Aussagesätzen

Das Sommersemester 2009 ist angebrochen und der Frühling wird sehnlichst erwartet. Dann muss mensch sich nicht mehr bei leerem Geldbörserl und einer Stunde Zeit zwischen den Lehrveranstaltungen frierend auf den Gängen vor den Hörsälen kauern. Mensch wird frohgemut die Wiesen von Campus, Uni und Freud-Park bevölkern. Doch nicht alle Probleme, die uns im Uni-Alltag begegnen, werden durch das Wetter gelöst.

Die überfüllten Seminarräume werden bleiben, die Studiengebühren werden weiterhin bedrohen (Damokles-Schwert!), das Punktesystem des UNIVIS wird nicht aufhören zu überwachen und zu diskriminieren, der persönliche Kontakt und die Betreuung durch die Lehrenden wird kaum zunehmen. Und irgendwann wird es auch wieder Winter werden. Doch stört mich das? Komme ich früh genug, um mir einen Platz zu sichern? Zahlen meine Eltern eventuelle Studiengebühren? Bin ich in alle meine LVs gekommen und brauche gar keine Betreuung? Kann ich mir das Caféhaus leisten? Und sind das die richtigen Fragen?

### Wo sind die Werte?

Noch weitere Fragen (und viele werden folgen!): Was sind die Missstände? Ab welchem Zeitpunkt wird ein Ärgernis zu einem offensichtlichen Missstand? Wann betrifft mich ein Missstand und betrifft mich ein Missstand nicht auch dann, wenn er mich eigentlich nicht betrifft, aber andere StudentInnen davon betrof-

fen sind, weil auch ich Teil der StudentInnenschaft bin? Haben Solidarität und Gerechtigkeit überhaupt einen Wert?

Wie reagiere ich auf Missstände? Reicht es bei den Wahlen im Mai meine Stimme der Fraktion zu geben, von der ich glaube, dass sie die beste Arbeit macht? Oder bin ich selbst gefordert? Wo beginnt Kritik? Wo Widerstand?

### Widerstand gestern

Kann überhaupt Widerstand geübt werden, ohne dass an den Grenzen des Systems gerüttelt wird? Soll nicht sogar gerüttelt und gerissen werden? Die StudentInnenproteste 1968 etwa rüttelten und rissen an allem was der Gesellschaft als gut und heilig galt. Veraltete autoritäre Strukturen in der Gesellschaft. Fehlende Aufarbeitung des Nationalsozialismus.

Überfüllte Hochschulen, die sich einer Masse neuer StudentInnen gegenüber sahen. Repression von Seiten der Universität. Viele Faktoren führten zu einer Politisierung der Studierenden. Eine neue Bildung und Wissenschaft, eine kritische Universität waren ihre Forderungen – eine Forderung, die sogleich durch Eigeninitiative angepackt wurde. Bald sollte auch das gesamte gesellschaftliche ‚Schweinesystem‘ angegriffen werden. Was schlussendlich, nach allen Niederlagen, definitiv bleibt, ist die heutige Assoziation von politischem StudentInnentum mit Revolte, Subversion und Widerstand. Inwiefern findet sich dieses Bild, diese Struktur von '68 in der Geschichte wieder?

### Widerstand vorgestern

Gegen was und wie musste StudentIn sich etwa 1790 wehren? Oder besser Student – da ausschließlich Männer, meist aristokratischer bzw. großbürgerlicher Herkunft, auf den Universitäten zugelassen waren. Ihr Hauptinteresse galt ihrem Ehrenkodex, den sie gegen den Rest der Bevölkerung (mit dem Knüppel) auch zu verteidigen gedachten. So war es möglich, dass eine kleine Auseinandersetzung mit Handwerksgeleuten in Göttingen zu Straßenschlachten und schließlich dem Auszug der Studentenschaft aus der Stadt führte. Bedroht mit dem Verlust von Ansehen und Einkommen war die Stadtverwaltung gezwungen, die kleinlichen Forderungen (Triumphzug!) der Studenten zu erfüllen.

Die Proteste der Göttinger Studenten waren keineswegs politisch motiviert. Kann hier überhaupt von Widerstand gesprochen werden? Oder eher von studentischem Narzissmus? Wo kann mensch von Widerstand sprechen? Was ist die Voraussetzung für Widerstand?

### Politik statt Widerstand

Vielleicht die Verbindung studentischer Proteste mit Politik? Politisierung? In der Zwischenkriegszeit ist eine solche Politisierung der StudentInnenschaft zu beobachten:

Der Zusammenbruch des Wilhelminischen Staates nach der Niederlage im Krieg hat die deutschnational und militaristisch geprägte StudentInnenschaft zutiefst erschüttert. Angesichts der Vermassung der Univer-



sitäten und der miserablen sozialen Situation setzten die StudentInnen ihre Hoffnung in die aufstrebende NSDAP. Durch Unterstützung von Führer und Volksgemeinschaft sollte im Rückschluss auch die eigene Situation verbessert werden. Ihre eigenen Ziele dem Größeren unterordnend, wurden die Universitäten zu Kaderschmieden der Nazis. Anstatt sich etwa zu einem Ort des Widerstands gegen Unterdrückung zu entwickeln, waren die Universitäten selbst Orte der Unterdrückung: Jüdische StudentInnen und Lehrende wurden angegriffen und aus den Universitäten vertrieben. Auch bei der Inszenierung von Bücherverbrennungen tat

sich die StudentInnenschaft hervor. Die Politisierung der StudentInnen des NS-Regimes führte also auch nicht zu Widerstand.

### Der Kreis schließt sich

Hat uns diese Erörterung, dieser Blick in die Geschichte nun weitergeholfen? Politisierung von StudentInnen führt nicht automatisch zu Widerstand? Studentischer Protest ebenso wenig? Muss studentischer Widerstand zwangsweise politisch sein? Oder hat Widerstand individuell und direkt zu sein? Darf mensch hier überhaupt Aussagesätze bilden? Oder sind es die Fragen, die uns

wirklich weiterbringen? Wir setzen trotzdem mal den Punkt: Widerstand beginnt im Kopf? Stellen wir uns Kopf.

von Andreas Maier und Tobias Zortea

Brüdermann, Stefan (1991): Der Göttinger Studentenauszug 1790. Handwerkerehre und akademische Freiheit. Göttingen: Wallstein-Verl.

Jaraus, Konrad H. (1989): Deutsche Studenten. 1800–1970. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Weiss, Peter (1998): Die Ästhetik des Widerstands. Roman. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



# Verdinglichtes Bewusstsein?!

## Studentischer Widerstand – Widerstand im Widerspruch

Ein Unbehagen geht um. Ein Unbehagen mit den universitären Verhältnissen.

Der Beginn des Sommersemesters an der Universität zeigte wieder einmal, dass den schlechten Gegebenheiten keine Grenzen gesetzt sind. Schlimmer geht immer: Am Bildungsbudget der Universitäten lässt sich anscheinend noch weiter sparen, kürzen und wegrationalisieren. Neben den generellen finanziellen Einschnitten, treffen die Wegrationalisierungen gerade die kritischen Inhalte der Studienrichtungen, die der immanenten Verwertungslogik und den so genannten gesellschaftlichen Notwendigkeiten am wenigsten entsprechen.

Die leicht erfahrbaren Konsequenzen dieser Unterfinanzierung – aus den Nähten platzende Hörsäle, mangelnde Betreuung der StudentInnen, das jedes Semester wiederkehrende Pokern um die Lehrveranstaltungsplätze im Univis-Anmeldesystem – prägen das alltägliche Studidasein. Ein Dasein, das außerdem davon bestimmt ist, nach einer effizienten und auf das Nötigste reduzierten Ausbildung möglichst schnell den Erfordernissen des Arbeitsmarktes nachzukommen. Mit der Implementierung des viel beschworenen Bolognaprozesses an den Universitäten findet diese instrumentelle Zweckrationalität ihren adäquaten Ausdruck.

### Universitas – Universität

Die schon von der Aufklärung erhobenen Forderungen nach Vernunft, Wahrheit und ihren Bildungsidealen,

so zum Beispiel die Vorstellung eines umfassend gebildeten freien Individuum in einer freien Gesellschaft, fristen heute wie damals ein blankes Ideendasein. Denn in der Verwirklichung der modernen Gesellschaft – ein Prozess durchzogen mit Ausschlüssen, Unterdrückung Macht und Herrschaft – verkehrten sie sich in ihr Gegenteil. Es offenbarte sich ein unglaubliches soziales und technologisches Zerstörungspotential, welches im Zivilisationsbruch von Auschwitz kulminierte.

Es ist eine Gesellschaft entstanden, deren Widersprüche zu den eigenen Postulaten in der Geschichte ihresgleichen sucht.

Gerade auch die Bildungspolitik an den Universitäten entzieht sich diesem widerspruchsgetriebenen, vom notwendig falschen Bewusstsein begleiteten, gesellschaftlichen Zusammenhang nicht. Dafür bieten gerade die Zweckrationalisierungen durch die Bachelor- und Masterstudiengänge ein ansehnliches Beispiel. Zwar kann es, wie in diesem Semester auf dem Institut für Politikwissenschaft, immer noch schlimmer kommen, doch die grundlegenden Zusammenhänge bleiben seit mindestens 150 Jahren die gleichen: nämlich kapitalistische. Damit laufen auch jene Versuche mindestens ins Leere, die einzelne missgünstige Personen für die eigene und gesellschaftliche Malaise zu Verantwortung ziehen wollen. Diese verkennen, dass sich soziale Beziehungen in kapitalistischen Gesellschaften in einer auf dem Tausch basierenden Logik hinter dem Rücken der Einzelnen vollziehen und durch ihr Handeln

reproduziert werden: Sie folgen einer von den Verhältnissen vorgegebenen Rationalität.

Wie aber ist dieser sich auch an den Universitäten rational gebärdenden Irrationalität zu begegnen? Eine weit verbreitete Antwort ist die des Widerstands nach dem Motto: „Bildungsklau im ganzen Land – unsre Antwort: Widerstand!“ (Proteste am Institut für Politikwissenschaften an der Uni Wien April 2009). Eine nicht ganz neue Antwort, die es in sich hat:

### Reaktion, Widerstand und Pseudo-Aktivität

Bei vielen StudentInnen zeichnet sich ein Bild der Ohnmacht, Resignation oder Gleichgültigkeit ab. Andere wiederum, beispielsweise Bewegungslinke, werden des Schlachtrufs nach tatkräftigen Studiprotesten nicht müde. Bewusstsein und Politisierung müssen her, um so viele Menschen wie nur möglich in die Aktionen und Proteste einzubinden. Auf einer solchen Grundlage sei das richtige Ganze schon ein Stück weit in Sicht.

Dieser Aktionismus geht oft Hand in Hand mit einer Abkehr von Theorie. Die vielbeschworene Einheit von Theorie und Praxis löst sich nicht selten zugunsten der Dominanz der Praxis über Theorie auf, gemäß der Devise, dass Theorie unnütz sei, geselle sich zu ihr nicht die Praxis. Genug des Geredes, tönt es, mensch habe doch die Problematiken verstanden. Nun müsse endlich gehandelt werden. Mensch müsse aktiv werden. Mensch kann doch nicht länger zusehen, wie alles immer schlechter wird. Protest, Spektakel, Aktion: So heißt das Credo



der Stunde und wer Zweifel äußert oder gar sich der Aktion entzieht, habe es noch nicht verstanden oder billige gar die Zustände. So der Vorwurf.

Nicht dass die Abneigung gegen Aktionismus allein schon legitim sei. Nein, denn das oftmals „feindselige Cliché vom Intellektuellen wirkt, ohne dass sie es merkten, tief hinein in die Gruppe jener Oppositionellen, die ihrerseits als Intellektuelle beschimpft werden.“ (Adorno 1997: 795) und Wut wendet sich gegen die, die den Gedanken aussprechen: Der Gedanke von der verwalteten Welt und ihrer totalen Vermittlung. Jener Gedanke, der die Illusion einer richtigen Möglichkeit in dieser falschen Wirklichkeit nimmt, entmystifiziert die Pseudorealität in der nach Habermas der Aktionismus sich bewegt (vgl. ebd.: 796). Diese Pseudoaktivität, als Versuch sich Räume der Nichtdurchherrschaft zu schaffen, ist als bloße Reaktion auf die Zustände notwendig falsch, da sie sich herausnimmt, nicht Teil der Verhältnisse zu sein. Was sie doch zwingend ist.

So verbleibt der Aktionismus der Pseudorealität Ersatzbefriedigung und verkümmert als Selbstzweck, auch wenn er sich noch so bunt und kreativ zeigt.

Doch nicht nur die Gefahr der Ersatzbefriedigung im Schein gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch Widerstand an sich birgt eine gern vergessene Gefahr. Widerstand, der eine immer wiederkehrende positive Konnotation unter den Bewegungslinken erfährt, offenbart eine inhaltliche Willkür. Er kann mit progressiven wie regressiven Inhalten

beliebig gefüllt werden und garantiert keine Verbesserung. Mensch denke nur an das ebenfalls als widerständig sich gebende Verhalten und Gedankengut der deutschnationalen Burschenschaften der Universität Wien. Von der StudentInnenschaft im Nationalsozialismus bis auf marginale Ausnahmen ganz zu schweigen. Widerstand, gefasst als ein Aufbegehren von Einzelpersonen oder Gruppen gegen Zustände, Anweisungen oder Strukturen, setzt sich nicht nur ex negativ, sondern auch ein Ziel. Im Verfolgen eines Ziels fügt sich Widerstand dem, als dessen Gegenteil es sich per definitionem setzte: Gehorsam.

### **Was bleibt also? Vom Denken im Widerspruch**

Was bleibt, ist die Frage, ob eine Praxis denn möglich sei. Eine absolute Verdammung der Praxis bleibt ebenso wie die Verabsolutierung der verwalteten Welt fraglich. Dennoch und gerade in Rezeption der Verkehrungen von Widerstand in Regression und Barbarei (NS-StudentInnenschaft), Affirmation (1968er) und Macht (Realsozialismus), bleibt Theorie, die durch Denken sich erhält, unablässig. Indem die Praxis den Gedanken vergisst, fällt sie unweigerlich hinter ihn zurück. So darf Praxis von Theorie nicht getrennt werden und muss stets dem kritischen Gedanken, der über sich selbst hinausweist, folgen.

Ein Denken, das versucht, die widerspruchsgetriebenen Verhältnisse zu erkennen, das sich nicht der Wut hingibt (vgl. ebd. 1997: 798) und kom-

promisslos kritisch bleibt, wird nicht Regression, Affirmation und Macht. Und schon gar nicht Resignation.

von Anna  
aus dem Anna & Arthur-Kollektiv

Inspiration und  
weiterführende Literatur:

Adorno, Theodor W. (1997): Resignation. In: Gesammelte Schriften Band 10.2, Frankfurt a. Main: Suhrkamp. S. 794-799

Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max (2006): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer Verlag

AuA (Autonome Uni Antifa): Rechts- extremismus an der Universität Wien. In: HYPERLINK "[http://aue.blogspot.de/images/rechtsextremismus\\_an\\_der\\_universitaet\\_wien.pdf](http://aue.blogspot.de/images/rechtsextremismus_an_der_universitaet_wien.pdf)" [http://aue.blogspot.de/images/rechtsextremismus\\_an\\_der\\_universitaet\\_wien.pdf](http://aue.blogspot.de/images/rechtsextremismus_an_der_universitaet_wien.pdf) [letzter Zugriff: 12.4.2009]

Ereignisse bei den Protesten am Institut für Politikwissenschaften im April 2009 an der Universität Wien

Trumann, Andrea (2002): Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. Stuttgart: Schmetterling Verlag. S. 14-57

**7.5: Regionalfilm: Marseille**

Robert Guédiguian: La ville est tranquille (2000, 133min)  
mit Ariane Ascaride und Jean-Pierre Darroussin  
Paul Carpita: La récréation / Marseille sans soleil  
(1958/60, Kurzfilme)

**28.5: Of Live and Love: Episode und Fragment**

François Ozon: 5x2 (2004, 90min) mit  
Valeria Bruni-Tedeschi, Vittorio De Sica: Ieri, oggi, domani  
(1963, 118min) mit Sophia Loren und Marcello Mastroianni

**4.6: Film(geschichte) im Film**

Olivier Assayas: Irma Wep (1996, 99min) mit  
Jean-Pierre Léaud. Federico Fellini: 8 1/2 (1963,  
138min) mit Marcello Mastroianni und  
Claudia Cardinale

Filmreihe der IG  
Romanistik

Donnerstags um  
19 Uhr

Rom 2

---

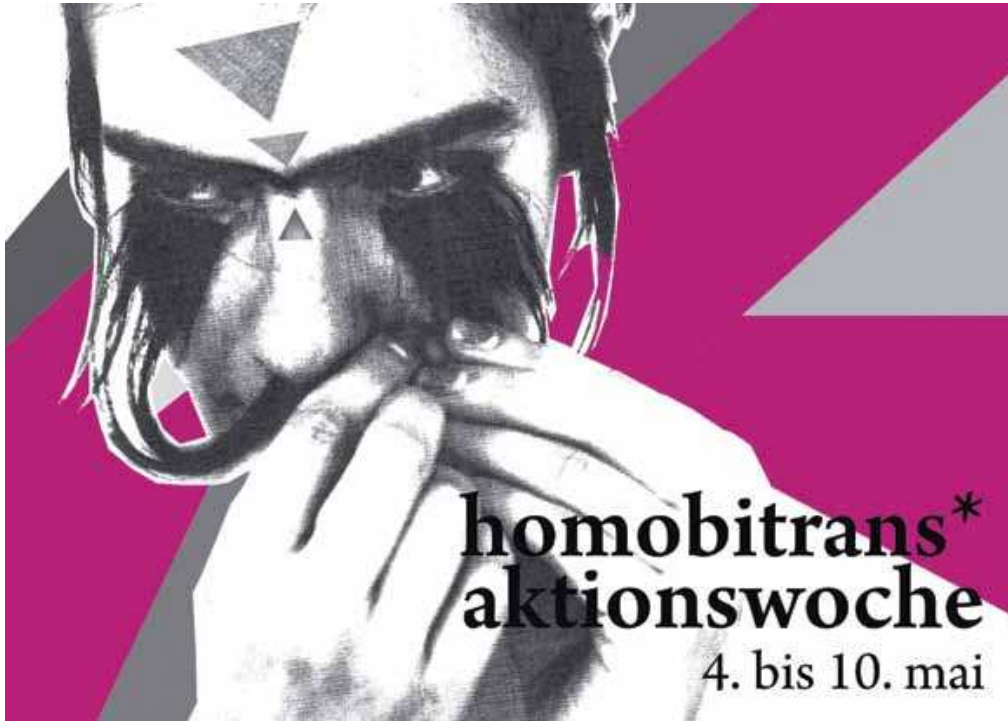
# kein\_cafe

Die Idee dahinter: Es gibt am Campus/AAKH kein Studicafe oder ähnliches, also keinen Ort wo sich Studierende am Campus in einem ungezwungenen Rahmen ohne Konsumzwang aufhalten, Kaffee trinken, sich unterhalten, lesen, usw. können. kein\_cafe ist ein - wenn auch begrenzter - Versuch, dem Abhilfe zu schaffen.

Jeden Mittwoch 14 bis 17 Uhr auf der Gewi am Campus im Hof 2!

Einfach vorbeischaun!





27



**MONTAG**

\* ab 14:00 Uhr \*

Kein Platz für Hetero-Gacks!  
Campus-Aktionstag mit Überraschung  
\* Abends \*  
Halligallidrecksauparty mit Grillerei und Golden Girls Screening vor der GEWI (Hof 2, AAKH), 9., Spitalgasse 2



**DIENSTAG**

\* 16:00 Uhr \*

Workshop zu Sexismus und Homophobie unter Schwulen  
Rosa Tipp in der Rosa Lila Villa, 6., Linke Wienzeile 102  
\* 20:00 Uhr \*  
Aktionswoche meets Feministischer Dienstag (eingeladen sind Frauen und Trans\*gender)  
Frauencafé, 8., Lange Gasse 11



**MITTWOCH**

\* 18:00 Uhr \*

Bondage 4 Sex - Bound for Pleasure  
Rosa Tipp in der Rosa Lila Villa, 6., Linke Wienzeile 102

\* 21:30 Uhr \*

Paar: die!

Das HomoBiTrans\*Kollektiv und das Kollektiv Frauenreferat feiern ein Fest!  
Nachtasyl, 6., Stumpergasse 53



**FREITAG**

\* Abends \*

Workshopreihe des Vereins "diskursiv" zu Sprache, Diskriminierung und Widerstandsstrategien  
Erste Einheit: Sprache allgemein



Referat für HomoBiTrans\*Gelegenheiten  
www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche/homobitrans



**SAMSTAG**

\* Ganztags \*

Workshopreihe "diskursiv"  
Zweite Einheit: (Gegen-)Strategien (Follow-up 14. Juni: Wie haben die Strategien im Alltag funktioniert?)  
Genauere Zeiten und Ort gibt's auf der Homepage  
\* Abends \*  
Überraschungsfestival (watch out for klatsch und tratsch!)



**SONNTAG**

\* 19:00 Uhr \*

Feminist P\*rn Club  
(eingeladen sind Frauen und Trans\*gender)  
Frauencafé, 8., Lange Gasse 11



Dass mensch sich an der Uni Wien oft vorkommt wie in einer Fabelwelt, ist wohl allen bekannt. Normalerweise genügen jedoch die profanen Worte unserer Alltagssprache, um die Umstände auf den Boden der Realität zurückzuholen. Wenn aber die Zustände unsere Vorstellungskraft soweit übersteigen, dass auch die allmächtigen Vorfeldorganisationen (VSStÖ, GRAS, AG, KJÖ, usw.) – wie in vielen anderen Fällen – nicht in ihre schimmernden Rüstungen steigen wollen, um die armen Studierenden zu retten, dann reicht die Macht normaler Worte nicht aus, um die Geschehnisse zu beschreiben. Schon gar nicht, wenn es darum gehen sollte die Verhältnisse, die zu diesen Zuständen geführt haben zu hinterfragen, wissen zu wollen warum Vertretung nicht nur Vertretung sein darf und warum Umstände verändert gehören. Nur die alte Form des Märchens scheint in der Lage, das Grauen in Worte zu fassen. Nun lehnt euch also zurück und folgt der Geschichte...

*Es war einmal...*

*... ein Königinnenreich in einer Welt voller autonomer Königinnenreiche.*

*In diesem war nichts mehr so, wie es vor langer, langer Zeit einmal war.*

*Denn schon seit langem hingen dunkle und schwere Wolken über dem kleinen, aber sehr lebhaften und multikulturellen Reich der Königin.*

*Wie fast alle Königinnenreiche auf der Welt, kämpfte auch*

*dieses mit dem großen Problem der Überbevölkerung, doch diese Königin hatte ihre ganz eigene Vorstellung damit umzugehen.*

*Sie unternahm verschiedene Versuche um die Zuwanderung zu erschweren und nur einige Ausgewählte in ihr Königinnenreich aufzunehmen. Schließlich wurde ihre Aufmerksamkeit auf eine Erfindung gelenkt, die es ihr ermöglichte die Menschen wahllos auf Dörfer im Königinnenreich aufzuteilen und ihnen gleichzeitig den Zugang zu allen anderen Dörfern zu verwehren.*

*An ihrer Seite hatte sie treue HofnarrInnen, die mit ihren verrückten Ideen Einfluss auf sie hatten.*

*Ihr Vater, der nur als Beobachter sein Amt ausübte, lies ihr freie Hand und wollte im Gegenzug nicht behelligt werden.*

*Zu guter Letzt gab es da noch das gemeine Volk, das vor der Königin, durch von eine ihm gewählte Vertretung, repräsentiert wurde.*

*Schon von Anfang an nahm die Königin einige Veränderungen im Königinnenreich vor, mit denen viele im Volk nicht einverstanden waren.*

*Doch lange Zeit schwieg dieses und auch die Volkvertretung sah keinen Grund einzugreifen.*

*Einige Versuche von unzufriedenen BürgerInnen sich der Vertretung anzuschließen, um was zu ändern, wurde von dieser zu nichts gemacht.*

*Denn wie sich später herausstellen sollte, war die Volkvertretung durch verschiedene Versprechungen von der Königin zu ihren Gunsten beeinflusst worden und versuchten, ihre neue Machtposition zu nutzen um die kritischen Stimmen aus den Volk verstummen zu lassen.*

*Derweil wurde die Stimmung im Königinnenreich immer gedrückter, die Zustände immer dramatischer und die kritischen Stimmen unerträglich laut.*

*Gerüchte über eine nahende Revolution machten sich breit und die Weisen im Volk fühlten sich in ihrer Unzufriedenheit bestätigt.*

*So geschah es, dass sich eine Gruppe von Aufständischen fand, die den Machtmissbrauch der Vertretung ein Ende setzen wollte, da diese schon lange nicht mehr die Interessen des Volkes vertrat.*

*Zur Beschwichtigung der sich bereits organisierenden Aufständischen, wurde der Königin ein Berater aus einem anderen Königreich zur Seite gestellt. Dieser verstand sich aber nur als Beobachter und wollte sich nicht mit den bedrohlichen Gewitterwolken auseinandersetzen.*

*Durch tatkräftige Unterstützung der Aufständischen durch das Volk, gelang es den Vater der Königin auf ihre Bitten und Vorschläge aufmerksam zu machen.*

*Sie glaubten ihr Ziel erreicht, mussten jedoch bald feststellen, nur getröstet worden zu sein. Da auch der Vater lieber einen Streit mit der Tochter meiden wollte, trug er ihr auf, sich selbst um die Aufständischen in ihrem Königinnenreich zu kümmern.*

*Doch so einfach ließen sich die Aufständischen nicht unterkriegen.*

*Sie organisierten sich und waren fest entschlossen, dem Machtmissbrauch der Volkvertretung ein Ende zu setzen und die Königin wieder an ihre Pflichten zu erinnern...*

*Die kritischen Stimmen aus dem Volk*



# IG Geschichte und IG Germanistik zeigen den Film: Gangster Girls mit anschließender Diskussion

Filmhaus Kino Spittelberg  
Spittelberggasse 3, 1070 Wien  
am 18. Mai 2009 um 20.00 Uhr  
Unkostenbeitrag: 2.50,-

„Was als kleines Making-Of eines Theaterprojekts begonnen hat, wurde so zu einem großen Film, in dem vieles drinsteckt, was Kino so kann. Verbrechen und Alltag und große Gefühle zu erzählen; Realität mit Kunst eindringlicher zu machen, als sie es ohne Kunst wäre.“

*Veronika Franz, Kurier*

„Dabei bleibt Gangster Girls ein höchst lebendiger Film - das hat nicht zuletzt mit der Offenheit und Spielfreude seiner Protagonistinnen zu tun. Und mit der klugen filmischen Rahmung eines sozialen Milieus, eines Institutionellen Alltags, der in dieser Form sonst nicht zu sehen ist.“

*Isabella Reicher, Der Standard*

# 8. Mai. Ein Fest der Befreiung

## Veranstaltung der Studienvertretung Politikwissenschaft am Schwarzenberplatz

Am 8. Mai 2009 jährt sich zum 64. Mal die Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft. An diesem Tag feiern wir die Niederlage des deutschen Reiches, das Ende von Mord und Unterdrückung, die Befreiung der Gefangenen aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern – und trauern um die Ermordeten der Shoah. Ebenso trauern wir um die ermordeten Homosexuellen, Roma und Sinti, Euthanasie-Opfer, „Asozialen“ und politischen GegnerInnen des Nationalsozialismus. Am 8. Mai feiern wir

30

diejenigen und danken denjenigen, die diesem Treiben ein Ende setzten. Gleichzeitig bleibt aber das Entsetzen, dass die Niederlage der Nazis um so vieles zu spät erfolgte und dass essenzielle „Errungenschaften“ des NS bis heute weiterbestehen. Die Alliierten, welche in Österreich und Deutschland 1945 die Einführung einigermaßen zivilisierter Zustände erzwangen, werden immer noch als Besatzer und nicht als Befreier gesehen. Die personelle Kontinuität nach 1945, das Buhlen der Parteien um die Stimmen der „Ehemaligen“ ist bloß ein Symptom für die ideologische Kontinuität. Resultate des NS, wie die Stiftung einer Volksgemeinschaft, ihre innige Beziehung zum Staat, sowie dürftige Bemühungen, offenen Antisemitismus durch neue Formen wie den Antizionismus zu verdecken, bestimmen den Charakter der Nachfolgestaaten. Das Schweigen über die eigene Beteiligung an der Shoah wirkt einigend und entlastend; die Behauptung, erstes Opfer des Nationalsozialismus

gewesen zu sein, wurde zur Gründungslüge Österreichs, die vor allem gegen die Überlebenden der Verfolgung oft in Stellung gebracht wurde und noch immer wird. Das im Unterschied zur BRD fast vollständige Fehlen einer von den Alliierten betriebenen Reeducation ist ein Grund dafür, dass Normalität in Österreich bedeutet, dass ein Rechtsextremer Parlamentspräsident wird, dass ein völkischer „Bund Freier Jugend“ unbehelligt agieren kann oder die nach seinem Tod erfolgte Verharmlosung und Verehrung des demokratischen Faschisten Haider.

### **Der Schoß ist fruchtbar noch...**

Das wesentlichste Merkmal des NS war der rassistische Vernichtungsantisemitismus. Dieser wurde zwar 1945 gestoppt, seine ideologische Basis blieb aber erhalten. Die oberflächliche gesellschaftliche Missbilligung offen antisemitischer Äußerungen führte zur Herausbildung neuer Erscheinungsformen, des so genannten sekundären Antisemitismus, der primär der Abwehr der eigenen Schuld dient: Die Jüdinnen und Juden wurden nun dafür kritisiert, immerzu vom Holocaust zu sprechen und ständig Entschädigung zu verlangen, anstatt einmal einen „Schlussstrich“ zu ziehen und „die Vergangenheit ruhen zu lassen“. Wie unaufgearbeitet besonders das Thema Restitution auch heute noch ist, zeigt die Debatte um geraubte und bis jetzt nicht restituierte Bilder in der Sammlung Leopold und der damit verbundenen Abwehr von Kritik durch die Verwendung des anti-

semitischen Stereotyps der geldgierigen Jüdinnen und Juden.

### **Internationale der AntizionistInnen?**

Der „sekundäre“ Antisemitismus wird auf internationaler Ebene durch den Antizionismus ergänzt. Jenem Staat, der nicht zuletzt als Konsequenz aus dem Holocaust gegründet wurde, um Jüdinnen und Juden relative Sicherheit vor dem weltweiten Antisemitismus zu bieten, schlägt als dem „Juden unter den Staaten“ weltweiter Hass entgegen. Seit der „Al-Aqsa-Intifada“, welche außer bei arabischen Staaten auch in der UNO, der EU und weiten Teilen der Antiglobalisierung- und Friedensbewegung Unterstützung findet, und anhand der Zunahme antisemitischer Ausschreitungen seit dem 11. September lässt sich ein „neuer Antisemitismus“ ausmachen, der sich an dem Zusammenfinden rechtsextremer, islamistischer und linker Positionen festmacht. Sie alle ignorieren oder verharmlosen neben der permanenten Bedrohung Israels durch Hisbollah und Hamas vor allem den staatlichen iranischen Vernichtungsantisemitismus, den das Regime mittels des Atomwaffenprogramms zu realisieren versucht. Aktuell zeigt sich dieses antisemitische Bündnis auf internationaler Ebene in der UN-Konferenz „Durban II“, wo der iranische Präsident und Holocaustleugner Ahmadinejad empfangen, und unter dem Deckmantel des Antirassismus die universellen Menschenrechte untergraben werden, und gegen Israel gehetzt wird. All das führt aber nicht zu entschlossenen Schritten gegen

die von den Mullahs geplante Vernichtung. Angesichts dieser globalen Bedrohung stellt unbedingte Solidarität mit Israel als dem Staat der Shoah-Überlebenden und als potentielle Schutzmacht von Jüdinnen und Juden weltweit die einzig logische Konsequenz dar, damit der Imperativ „Nie wieder Auschwitz“ nicht zu einer hohlen Phrase verkommt. Es ist bezeichnend, dass dies gerade in Deutschland und Österreich immer wieder gefordert werden muss und bei weitem keine Selbstverständlichkeit ist.

### Die Befreiung feiern

Der 8. Mai soll als jener Tag erinnert werden, an dem das groß angelegte nationalsozialistische Projekt zur Vernichtung von Menschen um der Vernichtung willen erfolgreich zurückgedrängt worden ist. Wir erinnern daher an den Einsatz der US-amerikanischen und britischen Streitkräfte, der französischen Resistance, der PartisanInnenverbände, der Deserteure und aller WiderstandskämpferInnen, die gegen das nationalsozialistische Regime kämpften. Wir erinnern im Besonderen an den Einsatz der Roten Armee, die mit ihrem Beitrag zur Befreiung die größten Opfer hinnehmen musste. Aus diesem Grund treffen wir uns beim Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz, um die militärische Niederlage des Nationalsozialismus zu feiern und gleichzeitig daran zu erinnern, dass die Möglichkeit der Barbarei ebenso fortbesteht wie die Verhältnisse, die sie schon einmal hervorbrachten.

von StV/Bagru Powi



**am 8. Mai 2009 ab 17.30 Uhr  
am Schwarzenbergplatz  
beim Denkmal der Roten Armee  
mit Redebeiträgen, Catering und anschließender Party!**



**CREATE ANARCHY**

**ANARCHIST SUMMER CAMP 09  
JUL 24 - AUG 02, AUSTRIA**

**WWW.A-CAMPS.NET/AST**



# Was ist das A-Camp?



Das anarchistische Sommercamp 2009 in Österreich soll Menschen aus unterschiedlichen Orten, Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen und Hintergründen zusammenbringen, um ein befreites Leben zu erproben. Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen. Es ist auch in Ordnung, sich zu streiten, dabei sollte der Umgang untereinander von Solidarität und Respekt geprägt sein.

Widerstand, das heißt für uns Lebendigkeit. In diesem Sinne wollen wir 10 Tage lang gemeinsam leben, lieben, lachen, spielen, musizieren, tanzen, baden, kuscheln, Ideen sammeln, diskutieren, Pläne aushecken – machen, worauf wir gerade Lust haben.

Was während des Camps inhaltlich passiert, hängt davon ab, was ihr daraus macht und was sich vor Ort spontan

entwickelt. Es gibt kein fertiges Programm, vielmehr geht es darum, sich einzubringen, Workshops und Diskussionen anzuregen, auch vor und nach dem Camp.

Jede\_r ist eingeladen, die\_der sich mit emanzipatorischen und herrschaftskritischen Ideen identifizieren kann.

**weitere Infos unter:**  
[a-camps.net/AST](http://a-camps.net/AST)

**oder auf Anfrage an:**  
[acamp@lnxnt.org](mailto:acamp@lnxnt.org)

DIY – Create Anarchy

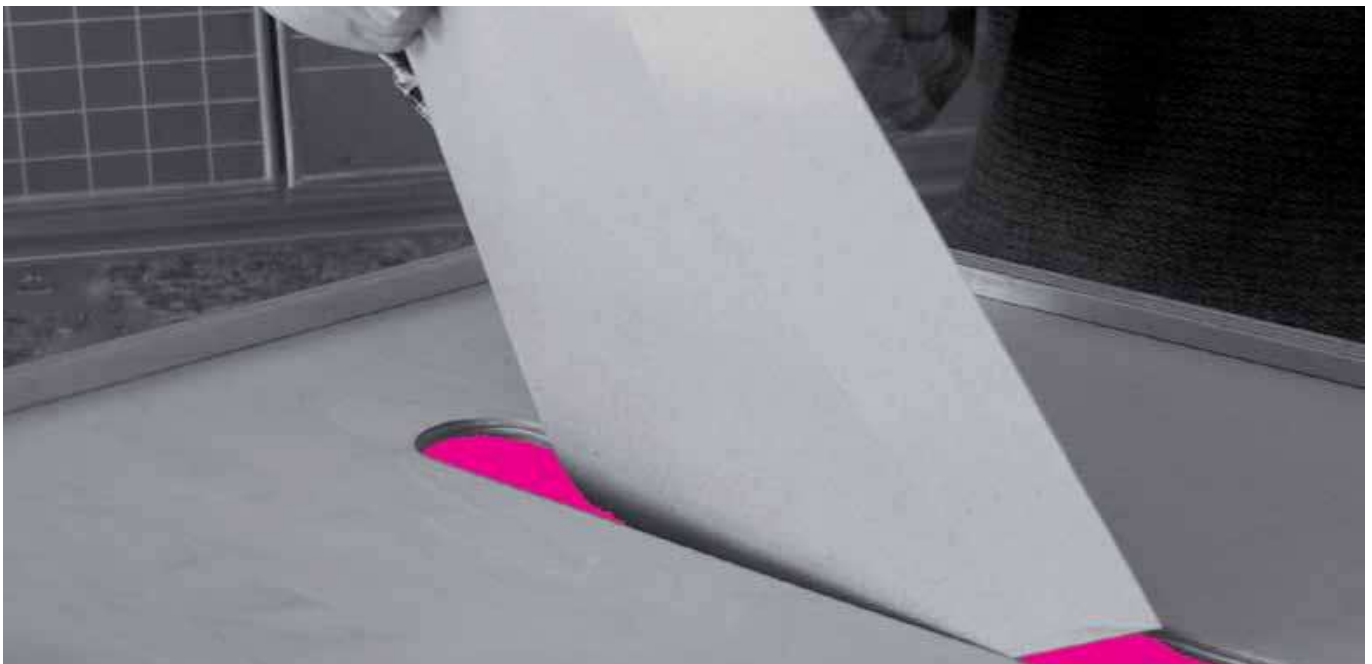
33

---

## ÖH\_Wahlen

e-voting: 18. bis 22. Mai 2009

wahl an der urne: 26. bis 28. Mai 2009





**TROTZT DEN WAHLEN.  
LASST UNS TANZEN!**

**straßenfest der  
basis- und institutsgruppen  
dienstag, 19. mai 2009, 15–22 uhr  
1., rathausstraße neben dem NIG**

**bands, djanes, wuzzeln, buttons machen, anziehsachen bedrucken,  
essen, trinken, tanzen, lachen, reden, singen, kochen, cocktails**